grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

22. Juli 77
Sieben Groschen

NR. 5

HVV: Nulltarif erst später

Hamburger haben auch in diesem Jahr keinen Grund in Urlaub zu fahren. Sie können ihr Geld ohne weiteres zu Hause los werden, denn pünktlich zum Ferienbeginn erhöht der HVV seine Preise. Durchschnittlich steigen die Fahrpreise zum 1. August um 5,8 %. Die ohnehin teuren Einzelfahrscheine werden „nur" gering angehoben. Dagegen steigen die Preise für Monatskarten im Schnitt um 8 %, bei weiten Strecken bis zu 16,2 %.

Durch diese Maßnahmen erhofft sich der HVV in diesem Jahr Mehreinnahmen von 8 Millionen DM und für 1978 von 20 Mill. DM. Der

Verbund, der sich zum Ziel gesetzt hat, 65 % seiner Kosten aus dem Fahrkartenverkauf zu decken, läuft der Entwicklung allerdings hinterher. Als Ursache wird ein Rückgang an Fahrgästen angegeben. Die Gründe dafür sind jedoch vielfältig. Einmal hat die Anzahl der Fernsehteilnehmer zugenommen und dadurch nahm der Besuch von Kinos, Theatern und anderen Unterhaltungen ab. Auch zogen immer mehr Hamburger in die Randgebiete und es hat sich der Bestand an Privatfahrzeugen in der Stadt erhöht. Vor allem die Bewohner der neu entstandenen Trabantenstädte sind auf den eigenen PKW angewiesen, da das Verkehrsnetz nur unzureichend ausgebaut ist. Insbesonders außerhalb der verkehrsreichen Zeiten ist man von der Stadt, und damit von Schule und Einkaufsmöglichkeiten, fast abgeschnitten.

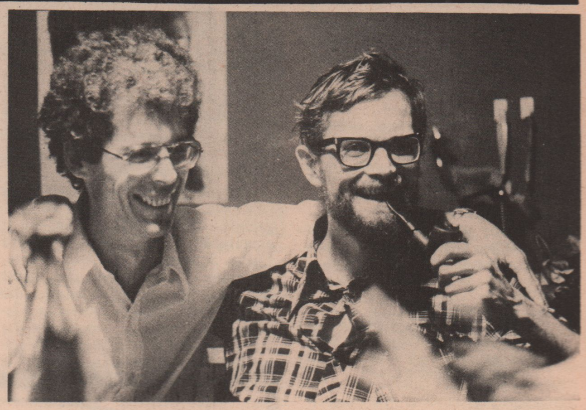
Dabei werden die am stärksten zur Kasse gebeten, die bisher noch umworben wurden: die Bewohner der Außenbezirke. Durch die Stadtplanung von Senat, Wohnungsbaugesellschaften und Industrie sind sie zum großen Teil aus Hamburgs zentralen Bereichen wegsaniert worden, oder vor der Unmenschlichkeit des Stadtkerns geflohen, obwohl sie dort weiterhin ihre Arbeitsplätze haben. Die Mitglieder des Senats der Hansestadt, die diese Entwicklung vorangetrieben haben, sitzen selber in den Aufsichtsgremien von Unternehmungen wie SAGA, Neue Heimat und HVV. Bei den meisten Einzelgesellschaften des HVV hat der Senat einen Aktienanteil von über 50 %, teilweise bis zu 90 %. Für diese Politik müssen alle, die auf die Nahverkehrsmittel angewiesen sind, immer mehr bezahlen und einen immer größeren Teil ihrer Freizeit opfern. Der Einkauf, früher der schnelle Weg um die Ecke, wird jetzt zur zeitraubenden und geplagten Fahrt ins nächste Einkaufszentrum. Der Weg zur Schule oder für Berufstätige zur Arbeit ist ebenfalls teurer und weiter geworden. Morgens muß man früher zur Bahn oder Bus, um pünktlich zum Arbeitsplatz zu kommen, und abends wird es immer später, bis man zu Hause ist. Freizeit wird so zur Fahrzeit.

Möglichkeiten, da heraus zu kommen, gibt es bisher nur wenige. So können wir alle zu Fuß gehen, uns bei gemeinsamen Zielen Zusammenschließen, rote Punkt Mitfahrgelegenheiten organisieren oder alleine und in Gruppen schwarz fahren.

Doch es gibt auch weiterreichende Möglichkeiten. So könnte der Senat über den Haushalt der Stadt die Mehrkosten des HVV begleichen. Die Betriebe müßten gesetzlich verpflichtet werden, die Fahrkosten zu erstatten. Der HVV kann zusätzlich Sondertarife für Hausfrauen und Minderbemittelte einführen. Es kann auch, wie in einigen italienischen Städten – die Gewerkschaft – Fahrscheine zum Niedrigsttarif herausbringen. Die gründlichste Lösung ist aber, das Betriebe und Unternehmen wie Kaufhäuser usw. die Kosten aufzubringen haben, weil es nur in ihrem Interesse ist, wenn wir pünktlich und ausgeruht zur Arbeit kommen oder in die Innenstadt zum Einkaufen fahren.

Die Redaktior

Fortsetzung Seite 6,7



Endlich – Karl-Heinz Roth ist frei!

Nach über 2 Jahren Untersuchungs-Haft, mit einer schweren Schußverletzung bei unzureichender ärztlicher Versorgung ist Karl-Heinz Roth wieder frei. (Sein Verteidiger rechts)

Fortsetzung Seite 12

Wir wollen wohnen bleiben!

Klopstockterrasse, wo soll die denn liegen?

So werden wohl die meisten Hamburer/innen fragen, wenn man sie nach dem Weg dorthin fragt. Dabei ist es eigentlich einfach, sie zu finden.

Kommt man vom Altonaer Rathaus und biegt in die Elbchaussee ein, geht links, kurz nach einem Lebensmittelladen in dem noch Bonbons aus dem Glas verkauft werden, die Klopstockterrasse ab.

Vier zweistöckige, aus der Jahrhundertwende stammende Villen, wie Reihenhäuser aneinandergeklebt, dann eine abschließende Häuserwand, das ist schon alles.

Drei der Häuser sind verwittert. Grau-brauner Putz bröckelt. Neben dem Eingang der Nummer 2 prangen Kinderkritzeleien. Ein lachender Kugelkopf mit zu Berge stehenden Haaren und rollenden Augen, verkündet, wie sollte es anders sein, die Doofheit eines Spielkameraden.

Nach hinten liegen die Gärten. Knorrige Bäume, hohes Gras, Rosen klettern langsam die Verandamauern empor. Ideal für Kinder, Feierabendentspannung und Gartenfeten mit Grillwürstchen.

Im Haus Nr. 1 leben junge Leute, die meisten von ihnen Studenten. Sie haben die starren Wohnungseinheiten aufgelöst und benutzen das Haus vom Boden bis zum Keller gemeinsam. Ausländerfamilien bewohnen das Haus nebenan.

Nr. 3 fällt auf. Frischer, rosafarbener Anstrich, kurzer Rasen, heben es aus der Umgebung heraus. Es scheint fast, als fühle es sich unbehaglich, neben seinen „heruntergekommenen" Artgenossen.

Das ist die Klopstockterrasse. In ihr sollen, gegebenenfalls auf Kosten der Mieter, alle Häuser wie Nr. 3 werden.

In diesem Haus wohnt ein Studienrat, der den Wunsch hat, daß die anderen Häuser bald auch so schmuck aussehen, wie sein eigenes. Um dieses Ziel zu erreichen, es geht dabei übrigens auch noch um andere Häuser in der näheren Umgebung, hat er sich mit Gesinnungsgenossen zusammengetan und eine Bürgerinitiative gegründet, die „Interessengemeinschaft Ottensen-Süd."

In Verhandlungen mit dem Besitzer der betreffenden Gebäude, das ist in diesem Fall die SAGA (Gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg) und über heiße Drähte zu Kommunalpolitikern konnte die Initiative eine Renovierung durchsetzen.

Diese Renovierung ist jedoch problematisch und die voraussichtlich Leidtragenden dabei, sind die jetzigen Mieter. Sie müssen wahrscheinlich ihre Wohnungen zum Herbst räumen.

Fortsetzung Seite 12

Aus dem Inhalt: Seite

Gift im Essen	2
Welt der Arbeit	3
Anti-AKW-Meldungen	4,8
DDR-AKW	5
HVV-Zum Nulltarif	6,7
humaner Strafvollzug	9
Alltag in Italien	10,11
Rechtshilfefonds	11
K-H. Roth frei	12
Klopstockstraße	12
Selbsttötung	12

DDR-ATOMKRAFTWERKE

„ . . . und auch nicht in Magdeburg."

Die Aufforderung „geht doch nach drüben" ist nicht gerade neu – aber dennoch weiterhin bei manchen Bürgern der BRD recht beliebt. Das haben auch die Atomkraftgegner in den letzten Monaten immer wieder erfahren. Die Frage, wie man/frau es denn mit Atomkraftwerken in der DDR halte, stößt bei vielen auf Unsicherheit. Mangelnde Informationen über das Atomprogramm der DDR spielen dabei eine große Rolle. Der folgende Beitrag soll helfen, diese Informationslücke zu verkleinern.

Die Behauptung, Atomkraft sei „saubere Energie im wahrsten Sinne des Wortes" könnte von Managern der HEW oder der NWK kommen. Sie stammt aber aus der DDR-Zeitung „Die Wirtschaft" vom Dezember 1973.

Eine nähere Untersuchung der DDR-Energieplanung zeigt, daß die Verhältnisse sich in der Tat erstaunlich gleichen.

Fortsetzung Seite 5

Gefangene fordern ihre Rechte

Wo bleibt der „humane Strafvollzug"

Mit scheinheiligen Argumenten über ihre Unfähigkeit als Erziehungsgruppenleiter eingesetzt werden zu können, wurde am Montag, dem 4. Juli 77 mal wieder eine Gruppe von Sozialarbeitern in der Jugendvollzugsanstalt (JVA) Vierlande rausgefeuert. Aber nicht mal das reichte den Herren in der Behörde diesmal: Die Sozis haben außerdem seit Montag Hausverbot, „da man es ihnen nicht zumuten kann, bei dem gespannten Verhältnis zwischen ihnen und den Vollzugsbeamten (Schließer) sowie der Anstaltsleitung weiterzuarbeiten."

Fortsetzung Seite 9

ARD und Radio Programmauswahl

Freitag, 22. 7.

9.00 NDR 3 Musik von Hans Eisler
16.40 ARD Folk-Festival 77, Live vom Domplatz in Köln

Samstag, 23. 7.

9.05 NDR 1 Die Grenzen des Erträglichen; Computer-Technologie bedrängt Bürger und Fachleute; v. Gerd E. Hoffmann (über Personenkennziffer, Datenschutz etc.)
15.00 NDR 3 Das Kreuz am Mekong Kirche in Vietnam heute
22.00 NDR 3 Diabelli-Variationen
22.45 3. Progr. TV Ich bin kein Herr. Über das Leben von Ernst Busch (Teilnehmer am span. Bürgerkrieg, revol. Künstler)

Sonntag, 24. 7.

9.30 NDR 3 Gespräch mit Heinrich Böll: Wie sollen wir denn über haupt leben? leben'
17.00 NDR 3 Haiti: Das Schreckenskabinett des Doktor Duvalier

Donnerstag 28. 7.

20.15 NDR 1 Manaus ist kein Paradies: Aufstieg und Fall der Amazonas-Hauptstadt

Sonntag, 31. 7.

17.45 ARD Bericht über Kuba
21.30 NDR 1 Hammer und Stichel: Ein dialektisch-kabarettistischer Dämmerschuppen mit Hans Dieter Hüsch und Helmut Ruge

Dienstag, 2. 8.

21.00 ARD Spielfilm: Die Waffen schweigen. Ein Teilnehmer am Algerienkrieg hat genug von Krieg und Gewalt und wird von seinen Mitmenschen für verrückt erklärt

Mittwoch, 3. 8.

21.50 TV 3. Progr. Rockszene Berlin: Chicago, Herbie Hancock, Jerry Lee Lewis, Graham Parker

Samstag, 6. 8.

17.15 ARD Das Don-Bosco-Jungen-Heim in Berlin. Versuch nichtrepressiver kirchlicher Erziehung

Sonntag, 7. 8.

21.05 TV 3. Progr. Dick-Cavett-Show: Jerry Lewis
22.40 TV 3. Progr. Im Geiste des Sozialismus, des Friedens und der Freundschaft: Sport in der DDR-Spartakiade-Bewegung

Mittwoch, 17. 8.

20.15 ARD Die Ostsee ist immer noch krank. Wasserverschmutzung.

TERMINE

Mittwochs: 18.30-20.30 ESG (Grindelallee 9) Treffpunkt des Rechtshilfefonds für Ausländer

An alle Gruppen: Wir veröffentlichen eure festen Termine und Veranstaltungen. Also meldet euch bei Ulla: Telefon 34 52 62

Wein oder nicht Wein

Die nächste Ladung Wein aus Okzitanien im Direktvertrieb ist (hoffentlich) bald hier zu haben.

Verkaufszeit ist dann Dienstags und Freitags jeweils von 15 bis 19 Uhr in der

„Fotofalle", Alter Steinweg 48

Dürstende, die genaueres wissen wollen, können Tel. 850 98 20 anrufen.

Tanja & Hanne

Leserinnenbrief zu ‚Was ist los in der BUU?'

Zitat aus dem Artikel: „Noch auf der 30.000 **Mann** starken Brokdorf-Aktion am 13. 11. 76 war der Hamburger KB nur als Beobachter anwesend."

Ich war auch da! Dorothea

Abo - Bestellungen

Hiermit bestelle ich die grosse freiheit ab Nummer . . . für
0 3 Nummern 3,– DM (incl. Porto)
0 6 Nummern 6,– DM ”
0 9 Nummern 9,– DM ”
0 12 Nummern 12,– DM ”
Ich übernehme ein Förderabonnement über ..... Nummern. (Mindestbetrag pro Nummer 2,– DM)

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

. . . . . .

Wir berücksichtigen die Bestellung, sobald der entsprechende Betrag entweder auf unserem Konto PSchA Hamburg 3704 09-202 U. Penselin (Absender nicht vergessen!) oder in Briefmarken bei uns eingegangen ist.

Anschrift: grosse freiheit, Glashüttenstraße 114, 2000 Hamburg 6

Eine Zahlkarte in einer Zeitung weist darauf hin, daß mit der Nummer das Abo ausläuft und daß es Zeit ist, das Abo zu verlängern!?

GIFT IM ESSEN

Bei Fleischaufbewahrungsräumen wird zur Schädlingsbekämpfung Blausäure verwendet. Die fragwürdig dies allerdings ist, zeigen die Todesfälle in einem Bezirksaltenheim, das mit Blausäure desinfiziert wurde, in dem nach 30 Stunden Lüftung aber noch 7 Insassen starben.

Bei 90 % der Fleischkonservierungsmethoden werden Nitroverdünnungen zum Pökeln verwendet. Durch Erwärmung dieser Lebensmittel und niedrigen pH-Werten können krebserzeugende Nitrosamin-Verbindungen entstehen und die Blutgerinnung verändern, setzt man der Fleischnahrung heute Ascorbinsäure zu!!!

Zur Schnellpökelung wird dem frischgeschlachteten Tier in das freigelegte Herz eine Pökellösung eingeführt. Hauptsächlich wird Chlor, Schwefelsäure, Benzeosäure, Borsäure, Formaldehyd und Nitrat benützt. Sie beeinträchtigen die Zellatmung, können bösartige Geschwulste erzeugen, blockieren die Enzymproduktion und den Stoffwechsel der Zellen und lähmen die Zelloberflächenhaut.

Der Appetit auf Räucherwaren vergeht, wenn man weiß, daß die Rauchbestandteile

1. Teer, einem bekannten Versuchsmittel zur künstlichen Krebserzeugung,
2. Phenole, Verursacher von Erkrankungen der Knorpel und der Sehnen und von Lähmungen des Knochenmarks,
3. Kreosol, ein Zerstörelement der gesamten Schleimhautinnenarchitektur

enthalten.

Nach Jean-Paul kann nur ein Gott eine Wurst essen, denn nur ein Gott weiß, was alles drin ist. Deutschland, das Land der Wurst (40 % des Fleischkonsums!) hat nicht nur ein breites Spektrum von Sorten, sondern ein ebenso breites Spektrum von Zusatzmitteln u. Chemikalien. Daher enthält die Wurst meistens schädliche Stoffe für den Menschen. Zu dieser direkten Behandlung mit Chemie kommt die indirekte. Durch die Schädlingsbekämpfung hat die fleischhaltige Mahlzeit die 4-fache Menge an DDT gegenüber fleischloser. Das Fleisch besitzt radioaktive Substanzen, Jod, Strontium und Casium. Die Aufnahme der Radioaktivität stammt von Kernwaffenexplosionen und Kernreaktoren, dazu kommt z.B. an Weideplätzen neben den Autobahnen verstärkte Ansammlung von Schwermetallen, Blei, etc.

Durch Behandlung mit Antibiotikas und Beruhigungsmitteln gegen psychische Stresserscheinungen bei Tieren werden uns Arzneimittel eingegeben, die Hormonstörungen und auch den Einsatz von Antibiotika im Krankheitsfall unwirksam machen können.

Die Wirkung auf das vegetative System der Verbraucher ist noch nicht abzusehen. Das Ausweichen bei diesem Chemiekrieg auf Fische hat uns die Industrie schon verbaut nicht nur dadurch, daß sie die Fische mit ähnlichen Chemikalien behandeln, sondern auch die Vergiftung der Abwässer und die Verschmutzung der Flüsse verstärkt.

Mahlzeit!

Achim Vom Blatt

Jeder kann sich, wenn er Lust und Zeit hat, mal ein paar **Zeitungen** im Büro oder in der Hälfte des Himmels **abholen und verkaufen** – in der Schule, auf der Arbeit, im Haus, bei Veranstaltungen, in der Kneipe, im Schwimmbad oder anderswo. (nicht verkaufte Zeitungen können zurückgegeben werden!)

So eine gedruckte Zeitung flößt doch irgendwie Respekt ein!?

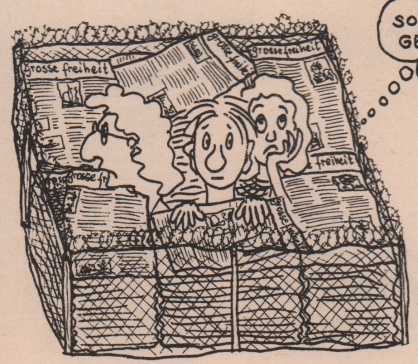
Zeitung machen oder Zeitung lesen – das ist keine Alternative. Es gibt viele Möglichkeiten mitzumachen und Einfluß zu nehmen.

Wir versinken in Arbeit und diskutieren dauernd alleine das Konzept der Zeitung, die ja schließlich nicht unser Eigentum ist.

Nächster **öffentlicher Zeitungstreff** ist am Mo, den 8.9. 20 h im Zeitungsbüro Glashüttenstraße 114.
Auch eine Möglichkeit mitzumachen:
– Wie ist diese Nummer?
– Was wird mit der nächsten?
– Was ist von der großen freiheit im allgemeinen zu halten, was können wir mit ihr noch alles machen? Hier sind diesmal besonders die verschiedensten Initiativen in Hamburg angesprochen.

Der Veranstaltungs- und Terminkalender soll erweitert werden: sagt Bescheid, wenn ihr was plant oder euch was zu Ohren kommt! (für Nr. 6 bis zum 13. 9.)

Am Wochenende vor Erscheinen der Zeitung ist **‚Lay Out'** – die Artikel und Bilder werden so zusammengeklebt wie sie nachher in der Zeitung erscheinen sollen. Das könnt ihr euch **mal angucken oder auch mitmachen** – z.B. bei einer Seite, wo ihr was geschrieben habt oder eben auch nur so.
Bei diesem Lay Out geht es auch gar nicht so perfektionistisch zu, wie das von der gedruckten Zeitung her erscheinen mag.
(das nächste LayOut-Wochenende ist am 17.&18. 9. im Zeitungsbüro.)



Kleinanzeigen werden kostenlos gedruckt (nicht ‚gewerbliche'). Gebt Telefon oder Adresse an. (Für Nr. 6 müssen sie bis zum 13. 9. eingegangen sein).

Wir haben wieder **ein Büro:** Glashüttenstr. 114 (neben dem „KLICK-Kino). Da gibt's Tee und da ist jemand zum Klönen: Di, Do 16-19 h, Sa 11-13 h

Impressum

‚grosse freiheit'
Zeitung für Hamburg und Umgebung
erscheint meistens monatlich Auflage 5.000
Herausgeber: Hamburger Zeitungsinitiative
Schlußredaktion für diese Nummer: alle zusammen
V.i.S.d.P. für diese Nummer: U Penselin
Druck: ‚Die Druckerei', Hardebek
Anschrift: grosse freiheit, Glashüttenstraße 114, 2000 Hamburg 6

Konto: PSchA Hamburg 3704 09-202 U. Penselin (neu!!)

„Wo gibt's die große freiheit eigentlich zu kaufen?"

Buchladen Hälfte des Himmels
Schlüterstraße 79
Buchhandlung Heinrich-Heine
Grindelallee 26
Buch-Antiquariat Libresso
Binderstr. 24, Ecke Schlüterstr.
Buchhandlung Elmenhorst
Schlüterstraße 4
Buchhandlung 3. Welt
Marktstraße 12
Buchhandlung Freiheit
Kleiner Schäferkamp 32
Schwarzmarkt
Bundesstraße 9
Montanus
Neue Große Bergstraße (Altona)
Gerhardt-Hauptmann Platz (Innenstadt)
Einkaufszentrum Hamburger Str.
Frauenkneipe
Stresemannstr. 60
Bambule
Lerchenstr. 4
Uni-Klause
Grindelhof 33
Blaue Blume
Gerichtstraße 49
Eichenburg
Bismarkstraße 40
Vogel
Eulenstraße 77

Fortsetzung folgt in der nächsten Nummer

KLEINANZEIGEN

Ich habe vor längererZeit ein Stativ verliehen. Es war ein sehr gutes Stativ und ich hätte es gern wieder! Könnt' es mir ja holen gehen, nur leider weiß ich nicht mehr, wem ich es gegeben habe. Wenn es demjenigen einfällt, soll er es mir endlich wieder an den Laden bringen!
Günther Zint – Tel. 43 33 73

Wir wollen nicht länger alleine wohnen und suchen deswegen eine Wohngemeinschaft, die noch einen dreijährigen Jungen mit seiner Mutter gebrauchen kann. Ruft uns bitte mal an. Wir würden uns freuen!
Telefon 40 46 31

Wo steckt die verdammte Bande, die zu Pfingsten auf dem Lande grausam randalierend tätig wurde. Wenn man sich schon in ein fremdes Haus einnistet, sollte man es nach dem Urlaub wenigstens sauber hinterlassen, und Mauerwerk, Dachstuhl und Inventar unbeschadet übergeben. Das meint jedenfalls der Hausbesitzer. Recht hat er.

Also, meldet euch, ihr Schufte, damit die Sache nicht an den falschen hängen bleibt.

Ihr wißt schon, bei wem!

Suchen Leute, die Lust haben, Folk-Rock mit deutschen Texten zu machen bzw. schon dabei sind. Wir spielen Baß und Singen.
Telefon 40 46 31 (Klaus)

Wir brauchen alte Möbel für die große freiheit! Tische, Stühle, Sessel, Regale. Ne' alte Schreibmaschine wäre auch nicht schlecht. Wer etwas gebrauchsfähiges ausrangiert, melde sich bitte im Büro oder unter der Nummer: 40 46 31

Wer neue Lebensperspektiven sucht und feste Freunde braucht, schreibt an:
E. Lehmann, Postfach 605 455, 2 Hamburg 60

Alkohol-Problem:
Wer findet noch, daß es viel zu wenig Möglichkeiten gibt, das Alkoholikerproblem (Rehabilitation) ursächlich oder wenigstens wirkungsvoll zu behandeln? Wer hat Anregungen, Ideen, wer wäre bereit, ob Betroffener oder sozial Arbeitender, bei so etwas wie einer Selbsthilfeorganisation mitzumachen?
Bitte an: Red. Gr. Freiheit, Glashüttenstr. 144, Hamburg 6
oder: Klaus 40 46 31

Achtung Musikanten/innen
Mit wem kann ich Dudelsack und Bombarde spielen.
Telefon 38 42 31 (Christian)

Wer hat Lust, Musik (Straßenmusik) zu machen? Suche Frau(en) mit Baß, Akordeon, Kongas, Gitarren oder weiß der Teufel was, um gemeinsam Lieder zu machen, zu spielen, zu lernen, Texte, Theater usw. zu machen. Ich spiele ein bißchen Geige und habe Lust, starke und emotionale Musik mit Frauen zu machen.
Susanne 390 99 14

Wohngemeinschaften
Mitbewohnerin für WG gesucht. Wir sind 7, in Alter und Beruf sehr verschiedene Leute, versuchen aber trotzdem eine WG zu werden. Wir haben viel Platz hier und zahlen dafür jeder 238,– DM Miete und 1000,– DM Kaution. Tel.: 32 57 28

WG – 2 M. + 2 F. – in Mettenburg (Ottensen) in einem Terrassenhaus, hat noch zwei Zimmer frei.
Tel.: 39 28 25 Bodo od. Carsten

LITERAT · RUBEL

Jedes Buch hat seine drei Seiten. Man kann es kaufen. Man kann es verkaufen. Und man kann daran verdienen.
Der Hamburger Literatrubel ist der letzten Seite gewidmet.

Was sich hier im Gewande des Jahrmarktes präsentiert, um dem letzten zögernden Buchkäufer seine „Schwellenangst" zu nehmen, ist nichts anderes als eine wohldurchdachte und lukrative Werbekampagne, garantiert mit Kultur und mitfinanziert vom Hamburger Senat.

Sowie Buchhandel und Verlage die Bücher nicht als „kulturelles Gut" verbreiten, sondern als Waren möglichst gewinnnträchtig verkaufen, sind wir Angestellten im Buchhandel und Verlagswesen keine „Kulturvermittler", sondern Arbeitskräfte, die hohen Umsatz bei niedrigstem Gehalt erzielen sollen.

Angesichts steigender Buchpreise können Sie sich wohl kaum vorstellen, daß unsere Gehälter, wie die des gesamten Einzelhandels, zu den niedrigsten aller Wirtschaftsbereiche gehören.

Mit Ausnahme weniger gehobener Positionen bewegen sich unsere Tarifgehälter zwischen DM 1060,– brutto im 1. Berufsjahr und DM 1620,– brutto im 8. Berufsjahr dermittleren Gehaltsgruppe B 2. Außertarifliche Zulagen sind nicht abgesichert und nehmen in letzter Zeit ab. Vom Tariflohn bleibt einem ausgebildeten Buchhandels-Angestellten nach dreijähriger Lehre gerade DM 800,– netto zum Leben, und als Durchschnittsbuchhändler kann man es nach achtjähriger Berufspraxis auf einen Tafiflohn von DM 1100,– netto bringen.

8,5 % – mindestens aber DM 150,– für die Angestellten, DM 100,– für die Auszubildenden haben wir in diesem Jahr gefordert.

Die Gewerkschaft HBV erklärte nach mehreren Gesprächen die Verhandlungen für gescheitert. Ihr blieb angesichts unserer Lage keine andere Wahr. Wir befinden uns im tariflosen Zustand.

Der bunte Literatrubel kann niemanden darüber hinwegtäuschen, daß wir uns in einer harten Auseinandersetzung befinden mit den Buchhandelsbesitzern und Verlegern, die hier das große Geld machen.

Von 1970 bis 1975 wurden die Umsätze im Buchhandel jährlich überdurchschnittlich gesteigert, selbst in den „Krisenjahren" 1975/1976 gab es noch erhebliche Gewinne. Die erhöhte Arbeitsleistung und die schlechten Arbeitsbedingungen wurden in der Gehaltsentwicklung nicht berücksichtigt.

„Wir würden liebend gerne noch mehr rationalisieren", sagte ein bekannter Hamburger Buchhändler bei den diesjährigen Tarifverhandlungen, „aber das geht leider nicht." Und zur Frage der Ausbildung, die diese Herren angeblich so am Herzen liegt, äußerte er sich so: „Wenn die Auszubildenden noch mehr bekommen rentiert sich für uns ja bald eine Teilzeitkraft."

Das Selbstverständnis der Angestellten im Buchhandel und Verlagswesen hat sich gewandelt. Die Realität unseres Berufes – rankklotzen und verkaufen – hat viele unserer Illusionen zerstört. Mit einem „Vergelt's Gott" lassen wir uns nicht mehr abspeisen. Viele von uns haben sich in den letzten Jahren in der Gewerkschaft HBV organisiert. Eine große Anzahl Hamburger Schriftsteller hat unsere Forderungen mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Ein Flugblatt der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

Unlautere Aktionen

DGB-Presseerklärung zur Lehrstellenaktion der Springer-Presse vom 12. Juni 1977

Mit dem Auftrag an Herrn Echternach, sich bei der Bild Hamburg und dem Abendblatt für die großartige Leistung der Lehrstellenaktion sehr herzlich zu bedanken, hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion sich auf die Seite derer gestellt, die aus der Angst und Not der Jugendlichen ein Geschäft machen wollen.

Das erklärte das Vorstandsmitglied des DGB Dieter Heering auf der 10. Ordentlichen Jugendkonferenz seiner Organisation heute in Hamburg.

Spätestens nachdem der DGB anhand einiger Beispiele bewiesen habe, daß
1. viele angebotene Ausbildungsplätze bei Beginn der Springeraktion bereits besetzt waren,
2. zahlreiche Plätze angeboten wurden, die in keinem Katalog von Ausbildungsberufen zu finden sind und
3. vom Chefredakteur des Abendblattes im NDR-Freitagsmagazin die in seinem Blatt als Erfolg herausgestellte Zahl von neugeschaffenen Stellen entscheidend reduziert hat, müßte jedem, auch den Mitgliedern der CDU-Bürgerschaftsfraktion klargeworden sein, daß es der Springer-Presse bei der Aktion vorrangig um die Imagepflege und die damit verbundene Auflagensteigerung gegangen sei.

In vielen Großbetrieben seien es nicht die Zeitungen, sondern aufgrund gewerkschaftlicher Initiativen die Betriebsräte gewesen, die bereits 1976 Vorstöße bei den Geschäftsführungen und den Unternehmern selbst unternommen hätten und dadurch Ausbildungsstellen geschaffen hätten.

Bei Springer selbst seien 1977 – nachdem 1974 und 1975 ein Abbau der Ausbildungsstellen vollzogen worden ist – 16 neue Stellen geschaffen worden. Auch diese seien in der Aktion der Zeitungen angeboten worden, obwohl **sie zu diesem Zeitpunkt bereits besetzt gewesen wären.**

Die Glaubwürdigkeit der Springer-AG könne bewiesen werden, wenn die Forderung der 10. Landesbezirks-Jugendkonferenz verwirklicht würde, 100 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Ein weiteres eklatantes Beispiel für die Unlauterkeit der Aktionen ist nach Ansicht Heerings das Angebot von 50 Stellen bei der Firma Safeway, obwohl die Firma z.Z. noch um die behördliche Anerkennung als Ausbildungsbetrieb ringt.

Da die Stellenvermittlung eine Aufgabe der Arbeitsämter und die Veröffentlichung offener Stellen gesetzlich nicht erlaubt ist, habe der DGB das Arbeitsamt Hamburg aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, solche „Lehrstellen-Aktionen" zu unterbinden.

Heering: „Es ist ein Unding, wenn Ausbildungsstellen zurückgehalten werden, um später in einer ‚Bild'- oder ‚Abendblatt-Aktion' das Bild des Firmenchefs oder die Adresse werbend in der Zeitung wiederzufinden."

ZUM ERSTEN . . .
ZUM ZWEITEN . . .

BILD fing an, wir machen weiter. Nachdem die ‚Lehrstellen-Aktion von BILD und ‚Abendblatt' zwar für einige Firmen billige Werbung, aber noch lange nicht ausreichend Arbeitsplätze für jugendliche Schulabgänger erbracht hat, will der Hamburger Senat auf Anregung der ‚Großen Freiheit' jetzt den direkteren Weg der Vermittlung zwischen Lehrern und Bossen wählen.

Deshalb werden am ersten Sonntag im August auf dem Rathausmarkt arbeitswillige Jugendliche meistbietend an Lehrherren versteigert. Auktionator ist Schulsenator Apel.

Also wundern Sie sich nicht, wenn am 7. 8. vor dem Rathaus ein Lautsprecher dröhnt: „Kräftiger Jugendlicher, 15 Jahre, zu jeder Arbeit bereit, auch an Sonn- und Feiertagen, nicht vorbestraft, schon gar nicht gewerkschaftlich organisiert, weder links noch krank, für eine zweijährige Ausbeu . . . äh, Ausbildung für nur 200,– Mark monatlich zu haben. Zum ersten, zum zweiten . . ."

Bürgermeister Klose hat inzwischen einen Aufruf an alle Firmen der Hansestadt gerichtet, sich am Lehrlingsmarkt zu beteiligen. Abschließend heißt es in dem Schreiben: „ . . . Ich hoffe, daß unsere Aktion Ihr Interesse findet und daß wir uns zu o.g. Termin an o.g. Ort wiedersehen. Ich rufe Sie auf: Ersteigern Sie mit! Schließlich haben auch Sie ein Recht auf Arbeit(er)..."
gez. Klose, Bürgermeister

LEHRLINGSHANDEL

Lasst hundert Hosen blüh'n !

Wir sind drei Leute und haben vor drei Wochen 'ne Nähwerkstatt aufgemacht. Wir hatten es endgültig satt, für ein paar Kröten unsere Zeit, Kraft und Energie an irgendwelche Scheißjobs zu verschwenden. Fremdbestimmung, Isolation, auf dumme Sprüche reagieren müssen, sich verkleiden, die totale Trennung von unserem sonstigen Leben, d.h. vom Leben überhaupt (8 Stunden tot sein am Tag) etc. Das kennt ihr ja alles.

„Ich wollte endlich mal was anderes machen, als die harten Männerjobs, die ich, seitdem ich aus der Schule bin, gemacht hatte. (Na ja, ganz so schlimm war's nicht, die Hälfte der Zeit hab ich bestimmt krankgemacht). So Jobs, die meine Arme und Hände zu Greifzangen degradieren und meinen Körper total verkrampfen. Wenn man sein ganzes Leben so Jobs macht, wird man mit der Zeit unfähig, sich anders zu bewegen und zu verhalten. Breitbeinig an der Theke, den ganzen Body- und Kraft-Kult hast du total drin. Nicht, daß ich durch die Nähwerkstatt das alles loswerde, aber 'ne Nähmaschine wird anders bedient als 'ne Sackkarre."

„Bis zum letzten Winter war ich an der Uni. Sechs Semester hab ich hinter mich gebracht. Drei Jahre lang gespaltene Identität. 500,– DM im Monat für's Rumsitzen in Seminaren, für Spekulationen über die Psyche von Unterschichtskindern, wobei keiner welche kennt usw. Ich hab Diskussionen mitgekriegt in Seminaren, wo über die Angst vor Brokdorf geredet wurde und sich nachher rausstellte, daß keiner hinfährt, wo ich Lachkrämpfe gekriegt hab, weil ich das ganze Gelabere so pervers fand. Ich hab lange mit meinen Existenzängsten gekämpft, bevor ich es geschafft habe, aufzuhören. Durch diesen Entschluß bin ich wiederganz geworden, vielmehr ich selbst. – Ich bin wild entschlossen, mit den Schwierigkeiten, die auch so'n Alternativding, wie z.B. die Nähwerkstatt, mit sich bringt, mit den anderen zusammen fertig zu werden. Z. Zt. ist es für mich die einzige Möglichkeit, beim Geldverdienen nicht zerrissen zu werden."

Lust und Realität

Auch in unserer Nähwerkstatt prallen das Lustprinzip und das Realitätsprinzip aufeinander. Es ist einfach etwas schwierig, bei Hitze und Sonnenschein eine Hose nach der anderen zu nähen, wo wir doch eigentlich viel mehr Bock hätten, an den Boberger See zu fahren.

Andererseits ist es nötig, eine gewisse Kontinuität aufzubringen, was z.B. Öffnungszeiten angeht oder feste Termine einzuhalten, z.B. eine Hose für Sabine.

Wenn ihr also was Neues an Klamotten braucht, wir nähen nach Maß:

weite und bequeme Nesselhosen und -röcke, Samt- und Pumphosen, Wickelröcke und -hosen, Jacken, Kleider, einfach alles, was wir hinkriegen. Im Laden hängt auch noch so einiges.

Mer ham von Mondach bis Freidach von 12-17 Uhr geöffnet. Der Laden ist in der Buttstraße 48 (St. Pauli Fischmarkt).

Bei uns um die Ecke liegt die Kneipe zum Flohmarkt, die wieder regelmäßig geöffnet ist. Jeden Abend ab 19 Uhr, außer Sonntag und Montag. Es gibt jetzt auch ein paar Sachen zum Essen.

Die Fischmarkt-Druckerei existiert auch immer noch.

Also: Wenn ihr was zu trinken, zu essen, was gedruckt oder genäht haben wollt? Kommt zum Fischmarkt!!!!!!!

Edda + Dirk

ENDE EINER REFORM

Dies ist die Beerdigung eines sozialdemokratischen Reformmodells.

Seit drei Jahren gibt es bei den Juristen eine Studienzeitbegrenzung auf 6 Jahre. Als ‚Entschädigigung' für diese Regelstudienzeit wurden kleine Seminare und ein praxisnahes, an Schwerpunkten orientiertes Studium versprochen. Mit der neuen Prüfungsordnung bleibt nur noch die Regelstudienzeit und ein verschultes Studium: Für kleine Seminare werden nicht mehr genug Dozenten eingestellt. Die Prüfungsordnung sieht nicht mehr Prüfungen in Schwerpunkten vor, sondern alles quer Beet: von der Reform bleibt also nur noch ‚Paukerei von jedem ein bißchen' und keine Zeit für praktische Erfahrungen in Schwerpunktgebieten.

Der Kredithai fletscht die Zähne.....?

Zur Stammkundeschaft der Kredithaie, der Banken und der Sparkassen werden in Zukunft, jedenfalls, wenn es nach dem Willen des Instituts der deutschen Wirtschaft geht, zunehmend Studenten und Studentinnen gehören. Diese werden dann um Kredit nachsuchen müssen, um jene Gelder zu erhalten, die für sie zum Sterben schon nicht mehr zuviel, zum Leben aber auf jeden Fall zuwenig sein werden.

Kürzlich stellte nämlich ein Herr Schlaffke(1) ein von ihm im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft erdachtes sogenanntes „Finanzierungs"-Modell vor. Danach erhält jeder Student und jede Studentin während des Studiums einen Gesamtbetrag von 25.000,– DM als Kredit, und zwar sogar zu verbilligten Zinssätzen. So soll dann pro Semester ein Betrag von 2.500,– DM zur Verfügung stehen, von dem dann allerdings noch 1000,– DM als „Studiengebühr an die Hochschule gezahlt werden müssen, so daß 1.500,– DM pro Semester oder 250,– DM im Monat zur „Sicherung" des Lebensunterhalts übrigbleiben.

Wegen der fehlenden Eigenbeteiligung soll dann noch das Bundes-Ausbildungsförderungs-Gesetz (BAföG), das diesem Vorschlag gegenüber geradezu großzügig anmutet, abgeschafft werden. Damit würde dann auch das „Mäzentum" der Unternehmer wieder geweckt, „die ihre Stipendienprogramme wegen BAföG gestrichen" hätten, meint das Institut. Vielleicht denkt es dabei an ein „Mäzenatentum", wie es sich bereits im bezahlten Fußball „bewährt" hat, so daß dann demnächst Messen und Hörsäle von vielen buntbedruckt einherwandelnden Litfaßsäulen bevölkert werden.

Jedenfalls darf, wer all das überstanden hat, ohne zwischenzeitlich dem Hungertod anheim gefallen zu sein, und zu allem Überfluß noch den Mut hat, „ins Erwerbsleben einzutreten", 30 Jahre (in Worten: dreißig) lang jeden Monat 100,– DM zurückzahlen, um den aufgenommenen Kredit nebst Zinsen zu tilgen.

Danach gibt's dann die Rente vielleicht auch schon auf Kredit . . .

j.

Patientenselbstorganisation in HH

im februar 1971 wurde von psychiatriepatienten der uniklinik eppendorf der aktionskreis 71 gegründet. die mitglieder trafen sich regelmäßig und machten durch verschiedene aktivitäten (vorträge, diskussionsveranstaltungen mit politikern und fachleuten, talkshow, presse-konferenz, spielfilm „paral – spritzen schaffen friedhofsstille") auf ihre eigene situation und die lage psychisch kranker in der brd aufmerksam.

leider kam es nicht zu einer solidarisierung fortschrittlicher fachleute, die unsere arbeit langfristig unterstützen wollen, und bisher ist es uns auch noch nicht gelungen, eine breite öffentlichkeit für unsere arbeit zu interessieren oder gar zu gewinnen. seit mai haben wir in der bundesstr. 22 a (kellerräume) ein eigenes kommunikationszentrum, das täglich außer sonntags ab 18 uhr geöffnet ist. wir haben folgendes programm: MONTAGS ab 20 uhr theatergruppe, DIENSTAGS ab 18 Uhr 30 bastelgruppe, ab 19 Uhr 30 wg-gründungstreffen von HuWo, MITTWOCHS ab 19 uhr 30 musikgruppe, DONNERSTAGS ab 18 uhr 30 plenum, FREITAGS ab 18 uhr ag „seelische krankheit und kapitalismus", SAMSTAGS ab 18 uhr teestube. mittwochs findet außerdem eine gesprächsgruppe statt, an der jedoch keine gäste teilnehmen können. SONNTAGS werden ausflüge veranstaltet.

der ak hat 50 mitglieder, von denen ca. zwei dritte (ehemalige) psychiatriepatienten sind. die anderen sind sozialarbeiter, pfleger oder studenten. wir fordern alle, die am eigenen leib die lebensfeindlichkeit und repressivität psychiatrischer anstalten erfahren haben, auf, zu uns zu kommen und sich an unserer arbeit zu beteiligen, aber auch alle anderen, die sich für die problematik interessieren und mithelfen wollen, eine alternative zur psychiatrie aufzubauen. wir verstehen unsere arbeit als politisch, es gibt jedoch kein einheitliches politisches bewußtsein, sondern bisher nur sporadische teilnahme an einigen massenaktionen (demo in brokdorf, 1. mai). interessenten können bei uns ein info bekommen.

ak 71, bundesstr. 22 a, tel. 410 27 94

Es regnet Schwefelsäure

Die skandinavischen Länder sind oft als grüne Ecke Europas bezeichnet worden. Heute weiß keiner, wie lange das so bleiben wird. Zunehmend wird die Natur in diesen Ländern ausgebeutet und wird überdies ein Opfer der europäischen Industrie: Schwefelhaltige Schmutzstoffe, die vom Wind aus anderen europäischen Ländern mitgeführt werden und SAURE NIEDERSCHLÄGE verursachen, sind der Grund.

Bei der Verbrennung von Kohle und Öl bildet sich Schwefeldioxid, das in der Atmosphäre mit Sauerstoff und Wasser zu Schwefelsäure reagiert. Diese wird über große Entfernungen von Luftströmungen transportiert, bis sie sich mit Regen und Schnee niederschlägt. Die Hauptmengen des sauren Niederschlags in Skandinavien kommen nachweislich aus Industriegebieten Englands, der Niederlande, der Bundesrepublik Deutschland, Polens und der Deutschen Demokratischen Republik. Die Schäden durch Säureniederschläge können in drei Gruppen untergliedert werden: Fischsterben – Vegetationsschäden – Korrosionsschäden.

Fischsterben

Der Säuregrad des Wassers wird in pH-Einheiten gemessen. Reines Wasser hat einen pH-Wert von 7, unverschmutzter Niederschlag wegen des natürlichen Kohlendioxidgehalts der Luft einen pH-Wert von ca. 5,6. Der durchschnittliche ph-Wert betrug bei einer Reihe von südnorwegischen Meßpunkten 1974 4,5! Der niedrigste Mittelwert der letzten Jahrzehnte liegt bei pH 2,7! Im selben Jahr regneten 3,2 Tonnen/km^2 Schwefelsäure auf Südnorwegen. Die allgemeine Tendenz zeigt eine Zunahme des Säureregens.

Lachse, Forellen, ähnliche Nutzfische und besonders deren Jungtiere können pH-Werte unter ca. 4,7 nicht überleben. Heute sind bereits ca. 20 %, in manchen Bezirken bis zu 70 % der südnorwegischen Seen (über 50 ha) fischleer! Plötzliche Schneeschmelze vernichtet im Frühjahr ganze Fischbestände.

Vegetationsschäden

Saurer Niederschlag wäscht wichtige Nährstoffe im Boden aus, die die Pflanzen zum Wachstum brauchen. Dies ruft langfristig Veränderungen in der gesamten Vegetation hervor, geringeres Wachstum der Wälder ist zu erwarten. Eine Verarmung der Pflanzendecke hat weitreichende ökologische Auswirkungen.

Warum ein spezielles Problem Skandinaviens?

Früher oder später können gleiche Effekte auch in den mitteleuropäischen Industrieländern auftreten. Akut ist jedoch Skandinavien betroffen, da dort saures Gestein und kalkarmer Boden vorherrschen. Diese Länder haben sauren Boden, der mit jedem Regentropfen saurer wird! Ökologisches Gleichgewicht und Wirtschaftsgrundlagen der Bevölkerung sind akut gefährdet! Die Bevölkerung des In- und Auslands muß auch in diesem Fall die Folgen rücksichtsloser Industrialisierung und profitorientierter Energiepolitik tragen.

Hohe Schornsteine wurden lange als „Lösung" der Luftverschmutzungsprobleme angesehen. Sie bewirken nur eine Verlagerung auf den Nachbarn. Eine Reduktion des Schwefelgehalts in Emissionen oder der Gebrauch schwefelarmer Brennstoffe nützen wenig, solange steigender Energieverbrauch als politische Notwendigkeit propagiert wird. Neben dem Ziel einer Stabilisierung des Energiehaushalts muß dennoch eine sofortige Forderung nach den technisch realisierbaren, aber aus Kostengründen schlecht genutzten Reinigungsmaßnahmen gestellt werden. –

Die skandinavische Bevölkerung bittet in dieser Sache um Mithilfe.

deutscher jugendbund für naturbeobachtung, hamburg

Professor Dr. Biallas sagte

anläßlich der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. am 9. Juni in Hamburg:

„. . . Wir sollten uns erinnern:
– Der Anteil der Kernenergie wird nach den Projektionen der Bundesregierung 1985 etwa 13 Prozent des Primärenergiebedarfs decken
– Diesen Projektionen liegt ein durchschnittliches Wachstum des Bruttosozialproduktes von jährlich vier Prozent, gerechnet nach seiner gegenwärtigen Struktur, zugrunde; dabei bleibt offen, ob diese Annahme selbst bei billiger Energie überhaupt vernünftig ist
– Der Zusammenhang zwischen Energiebedarf, Entwicklung des Bruttosozialprodukts und Arbeitsmarktsituation ist keineswegs von jener naturwissenschaftlich erscheinenden Strenge, die immer behauptet wird.
– Kernenergie soll für die Dauer von etwa 25 Jahren verwendet werden, die Halbwertzeit von Plutonium ist etwa 25.000 Jahre, nach zehn Halbwertzeiten, also 250.000 Jahren, allenfalls ist die Welt von den Schäden, die wir ihr um 25 Jahren willen zufügen, geheilt.
– Energiesparprogramme und Alternativversorgung sind noch nicht ernsthaft erörtert worden.

Konsequenz ist doch: Der Anteil der Kernenergie liegt unter diesen Gesichtspunkten an der Grenze der Prognosegenauigkeit, er kann beträchtlich reduziert werden mit politischen Entscheidungen, die kaum brisanter wären als die für die Kernenergie . . ."

brunsbüttel

die bi brunsbüttel ist mit arbeit überlastet und bittet um unterstützung, auch von hamburgern. insbesondere muß an den wochenenden der büchertisch an der brunsbüttler fähre besetzt werden, mit dem man sehr viele menschen ansprechen kann: kontakt:

buu brunsbüttel
2224 großenrade
raiffeisenstr. 4, tel. 04825/23 43

Radioaktives Gas ausgeströmt

Neun Angestellte wurden verseucht, als am 1. Juni im französischen Atom-Zentrum Pierrelatte schwach radioaktives, uranhaltiges Gas entwich. Als Ursache wurde der Bruch eines Ventils infolge flascher Bedienung angegeben.

In Pierrelatte wird aus Natururan Brennstoff für AKWs hergestellt. Eine solche Uran-Anreicherungsanlage ist auch in der BRD geplant. Mit der Bauplanung und der Auswahl des Standortes soll noch in diesem Jahr begonnen werden.

münster

aku münster plant kampagne gegen chemische kampfstoffe der polizei. adressen und informationen über cm-geschädigte und entsprechende juristische verfahren an:

aku münster, uwe köhler,
mondstr. 213, 44 münster

ANTI-AKW-INFO

Der Arbeitskreis für Politische Ökologie in der BUU-HH hat ein **Anti-Akw-Telegramm** herausgegeben. Es soll in kurzen Abständen erscheinen und jeweils über die aktuellen Termine und Vorgänge in der Anti-AKW-Bewegung Auskunft geben, ergänzt durch knappe Einschätzungen, Flugblätter etc.

Das Telegramm soll keine Zeitung werden, vielmehr die eingehenden Informationen schnellstens weiterleiten, zudem die Kommunikation zwischen den Regionen und Zentren der Anti-AKW-Bewegung verbessern.

Wir möchten Euch dementsprechend bitten, uns für diesen Zweck Termine, Veranstaltungen, aktuelle Informationen usw. zu überlassen. Kritik und Mitarbeit sind willkommen.

Anti-AKW-Laden
Lutterothstraße 33
2000 Hamburg 19
Telefon 040 / 40 27 82

schleswig-holstein

information der buu heide: ab 1. 7. erhöht die schleswag die strompreise um durchschnittlich 4,21 %. offizielle begründung: gestiegene löhne, unterhaltung der akw-bauplätze zu teuer. die „durchschnittliche" erhöhung bedeutet, daß die preise der sonderabnehmer weiterhin niedrig gehalten werden und die der haushalte entsprechend mehr erhöht werden sollen. mit unserem geld werden die gestiegenen kosten für die akw aufgebracht. es ist bisher nicht gesprochen worden, ob eine allgemeine verweigerung der preiserhöhung organisiert werden kann.

Erdbeben in Niedersachsen

Die Bewohner der Lüneburger Heide wurden am 2. Juni von einem Erdbeben aufgeschreckt. Nach Aussage der Erdbebenstation Köln hat es sich dabei um ein Einsturzbeben gehandelt, dessen Mittelpunkt etwa 10 Kilometer von Soltau entfernt gewesen sein soll. Das Beben hatte eine Stärke von 3,8 auf der Richter-Skala. Ausgelöst sei das Beben durch den Einsturz einer größeren Höhle, wobei es sich auch um einen Salzstock gehandelt haben kann. Salzstöcke sind vorgesehen als Endlagerstätte für radioaktive Abfälle aus Atomkraftwerken. Ob der Atommüll darin wirklich so sicher aufgehoben ist, wie es die Industrie behauptet?

ATOM-FEST

Am 25. 6. hatte die BUU Stadtteilgruppe St. Georg zu einem Stadtteilfest eingeladen. Das Fest fand statt, nachdem die Behörden zunächst versucht hatten, aus fadenscheinigen Gründen (zuviele Info-Stände, einseitige Information gegen AKWs) ein Verbot auszusprechen. Es gab Theater, Musik, Informationen, Gelegenheit zum Klönen. Je später es wurde, wurde es zwar immer mehr ein BUU internes Fest, aber es hat Spaß gemacht.

TAVERNA DIONYSOS
GEGRILLTES, GEKOCHTES, GEBRATENES UND SALATE...
AUS DER GRIECHISCHEN KÜCHE
GUTE WEINE, SCHNÄPSE U. LIKÖRE
GEPFLEGTE BIERE
EPPENDORFER WEG 67 HAMBURG 19
TEL. 49 88 00
GEÖFFNET: TÄGLICH AB 18 H. KÜCHE B. 1 H.

55.000 Einsprüche gegen Biblis Block C

Vor zwei Jahren wurde Block A des größten Atomkraftwerks der Erde in Betrieb genommen. Dagegen legte nur eine einzige Frau Einspruch ein. Bei Block B waren es dann acht AKW-Gegner. Ende Juni beginnt der Erörterungstermin für Block C. Dann müssen sich die Behörden mit 55.000 Einwendern auseinandersetzen. Unter ihnen sind zahlreiche Stadt-, Kreis und Gemeindeverwaltungen aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Württemberg.

Arbeitsplätze durch Atomkraftwerke?

Zu diesem Thema gibt es jetzt eine Dokumentation, die von Hamburger Gewerkschaftern aus der Chemieindustrie erstellt worden ist. Über ihre Ziele schreiben die Verfasser: „Einen Schwerpunkt unserer Arbeit sehen wir darin, die Anti-AKW-Bewegung auf die Betriebe und Gewerkschaften auszuweiten. Dort müssen wir vor allem der Behauptung der AKW-Befürworter, Atomenergie sichere Arbeitsplätze, entgegentreten. Denn mit der Drohung, der Fall des Atomprogramms führe zum Verlust des Arbeitsplatzes, ist es bisher weitgehend gelungen, breite Teile der Arbeiterschaft vom Widerstand abzuhalten."

Die Broschüre hat 62 Seiten. Sie kostet 2,– DM, ab 10 Ex. nur noch 1,70 DM. Sie kann bestellt werden bei: Rainer Trampert, Heinrichstr. 42, 2 Hamburg 50, Telefon 43 56 43.

Jedes AKW eine Festung

Dem Bundesinnenminister und den Innenministern der Länder sind die AKWs zu unsicher: Deshalb erhalten die Kraftwerksbetriebe neue Sicherheitsauflagen. Vorgesehen ist, um jedes AKW einen zwei Meter hohen Betongitterzaun zu ziehen. Auch an Wassergräben und andere aufwendige Überwachungsanlagen wird gedacht. Diese Art Sicherungen lassen darauf schließen, daß nicht etwa das Austreten radioaktiver Stoffe verhindert werden soll, sondern das Eindringen von AKW-Gegnern.

Allein der Zaun um die Blöcke A und B des AKW Biblis sollen 10 Millionen Mark kosten. Dafür gibt es dann aber billigen Atomstrom.

Berstschutz für Grafenrheinfeld „unnötig"

Wieder einmal zeigt sich, wie sehr die „Unabhängigkeit" der Gerichte von der Stärke oder Schwäche des Widerstands gegen ein AKW abhängt; denn anders als das Freiburger urteilte das Würzburger Verwaltungsgericht: dort war die Genehmigung für das AKW Wyhl wegen fehlenden Berstschutzes aufgehoben worden. Für das AKW Grafenrheinfeld wurde er dagegen für nötig befunden. Die Begründung der Richter: Der Werkstoff sei verbessert, ebenso gäbe es bessere Qualitätssicherungs- und Wiederholungsprüfungen. Daher sei ein Bersten „nach menschlichem Ermessen" unwahrscheinlich. Da können die Kläger – die Stadt Schwinfurth und die Gemeinde Bergrheinfeld – ja beruhigt sein.

Das Gift aus Seveso breitet sich aus

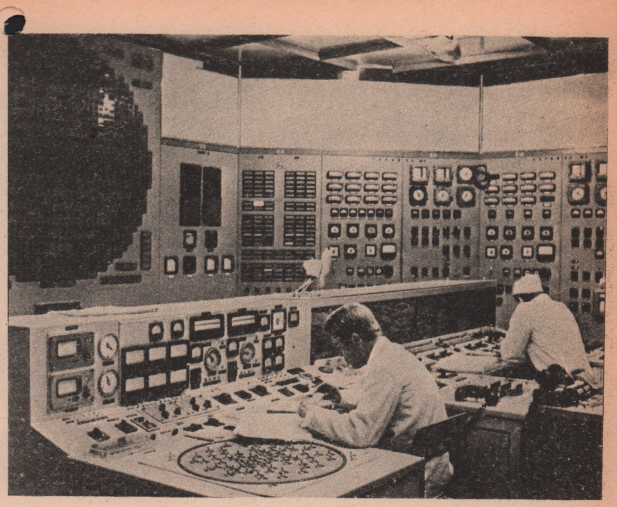
In Nova Milanese bei Mailand sind zwei Schulen und ein Kindergarten geschlossen worden: dort ist eine Konzentration des Giftes Dioxin festgestellt worden, die weit über der Gefährdungsgrenze liegt. Das Gift war im letzten Jahr bei einer Explosion im Chemiewerk Icmesa in Seveso entwichen. In den letzten Wochen ist in Nova Milanese mindestens eine Erkrankung an Chlorakne bekannt geworden. In Seveso sind viele Kinder daran erkrankt. Gesicht und Glieder sind angeschwollen, die Haare gehen aus, und nach Abheilen der Krankheit, was Jahre dauern kann, bleiben große Narben zurück.

STRAHLERALLALA

Melodie „Die Vogelhochzeit" –
Text: Jugendzentrum Bomlitz

1) Ernst-Albrecht, ja das weiß man schon, will uns zerstören mit Atom. Strahlerallala, strahlerallal, strahlerallalalala.
2) Doch alle Menschen groß und klein, die lassen sich darauf nicht ein. Strahlerallala, . . .
3) Atomwirtschaft strebt nacn Profit, ihr ist egal, was dann geschieht. Strahlerallala, . . .
4) Doch ist im Rohre mal ein Leck, ist gleich die ganze Heide weg. Strahlerallala, . . .
5) Strontium und Plutonium, rotieren bei Dir im Leib herum. Strahlerallala, . . .
6) Die Kühe muhens laut heraus, strahlendes Gras, das ist ein Graus. Strahlerallala, . . .
7) In Wald und Feld alles Getier, fordert ein sauberes Revier. Strahlerallala, . . .
8) Und von der Alm bis an die See, schrei'n alle Bürger: Nee, ach nee. Strahlerallala, . . .
9) Drum werden wir auf den Bauplatz geh'n. Die Deponie wird nie entsteh'n. Strahlerallala, . . .
10) Und wenn Euch dieses Lied gefällt, dann singt es laut in aller Welt!! – Fiderallala, fiderallala, fiderallalalalala.

Atomkraftwerke in der DDR



Fortsetzung von Seite 1

Als 1957 mit dem Bau des ersten AKWs der DDR in Rheinsberg begonnen wurde, waren die Planungsbehörden noch vorsichtig. Das AKW 1 sollte in erster Linie Forschungszwecken dienen, um größere Klarheit über die Wirtschaftlichkeit von AKWs und über die Sicherheit gegenüber radioaktiven Strahlen zu erhalten. So die staatliche Planungskommission noch im Jahre 1961.

Bedenken dieser Art waren aber offenbar schnell beseitigt. 5 Jahre später – das AKW 1 war noch nicht einmal in Betrieb – wurde bereits der nächste Atomreaktor geplant. Und am 12. Mai 1966 hieß es im Leitartikel des „Neuen Deutschland", der Bau von Atomkraftwerken in der DDR habe sich als völlig richtig, ja sogar als notwendig erwiesen.

Erstaunlich allerdings, daß diese Feststellung schon 3 Tage nach Inbetriebnahme des 1. AKW getroffen werden konnte.

Daß die Beschlüsse zum Ausbau der Kernenergie in der DDR nicht ohne Widerspruch geblieben sind, wird im gleichen Artikel nur angedeutet: „Zeitweise gab es auch Zweifel an der Zweckmäßigkeit eines solchen Baus." Welcher Art diese Zweifel waren, bleibt für die DDR-Bevölkerung im Dunkeln.

Warum Atomkraft?

Zur Begründung ihres Atom-Programms wird von den DDR-Behörden auf die schwindenden Braunkohlevorräte hingewiesen. Gegenwärtig sind in der DDR Braunkohlevorräte von ca. 19 Milliarden Tonnen vorhanden, d.h. erkundet. Bei gleichbleibendem Fördervolumen von gegenwärtig 250 Mill. Tonnen jährlich wäre die Förderung aber noch weitere 7-8 Jahrzehnte gesichert.

Auf den wichtigsten Grund für den Einsatz von Atomenergie weist das „Neue Deutschland" in dem bereits zitierten Artikel hin: „Zum anderen werden die Gestehungskosten für Energie aus Wärmekraftwerken bald nicht mehr mit den Gestehungskosten für Energie aus Kernkraftwerken konkurrieren können."

Im Vordergrund steht also die angebliche Billigkeit der Atomenergie. Geringere Energiekosten sollen dazu beitragen, jährliche Wachstumsraten von 5-7 % zu verwirklichen. Diese „Billigkeit" ist allerdings überhaupt nicht bewiesen und wird in der BRD mittlerweile auch von führenden Politikern angezweifelt.

Atomkraftwerke – woher?

Der überwiegende Teil der technischen Ausrüstung für Atomreaktoren wurde bisher von der Sowjetunion geliefert. Die Industrie der DDR beschränkte sich auf Ausrüstungen, die „ihrem Profil" entsprechen. (Neues Deutschland, 7. 5. 1966).

„DDR will Schnellen Brüter"

– diese Meldung geisterte in letzter Zeit durch den Blätterwald. Weiter war dann zu erfahren, daß solche Brutreaktoren zusammen mit anderen Atomkraftwerken im Jahre 2000 die Hälfte des DDR-Energiebedarfs decken sollen.

Der „Beweis für die Umweltfreundlichkeit der Kernkraftwerke" sei „erdrückend", so wird behauptet, und auch die Endlagerung des Atommülls sei grundsätzlich gelöst, wiewohl „noch umfangreiche Forschungsarbeiten notwendig" seien, so jedenfalls meint die DDR-Zeitschrift „Energietechnik".

Wie sich doch die Töne gleichen . . .

Das hinderte die DDR-Führung indes nicht daran, auch Interesse an Atomkraftwerken aus kapitalistischen Ländern zu bekunden:

„Die Regierung der DDR ist bereit, den Bau eines Kernkraftwerkes auf der Basis von Angeboten potentieller Lieferanten aus der BRD zu prüfen. Die DDR erwartet kurzfristige Angebote."

So eine Erklärung der DDR-Regierung vom 9. Dezember 1974.

Die Verkaufsverhandlungen mit westdeutschen AKW-Herstellern scheiterten jedoch ebenso wie entsprechende Bemühungen der Sowjetunion.

Vorbehalte gegenüber Reaktoren, die im Westen konstruiert werden, scheint es jedenfalls in Osteuropa nicht zu geben. Als sowjetische Wissenschaftler 1974 auch westdeutsche Atomreaktoren besichtigten, waren anschließend in der sowjetischen Presse nur lobende Worte zu lesen: „Viel Anerkennung fanden auch die vorbildlichen Sicherheitsvorkehrungen im Atomkraftwerk Obrigheim sowie das hohe technische Niveau beim Bau der AKWs in Biblis und Philipsburg." (Sowjetunion heute, 16. 2. 1974).

Sicherheit?

Die in der DDR betriebenen oder im Bau befindlichen Atomkraftwerke sind mit einem gegen den Austritt von radioaktiver Strahlung relativ sicheren Reaktortyp, dem Druckwasserreaktor ausgerüstet. Bei diesem Reaktortyp erfolgt die Umwandlung der Kernenergie in elektrische Energie über zwei Wasserkühlsysteme: durch den Primärkreislauf wird die durch Kernspaltung erzeugte Wärme in einem Wärmetauscher an den Sekundärkreislauf abgegeben. In diesem Kreislauf verdampft das Wasser – der Dampf treibt die Turbinen der Stromgeneratoren an.

Durch die zwei Kühlkreisläufe können im Gegensatz zu anderen Reaktortypen die im Primärkreislauf enthaltenen radioaktiven Stoffe dort weitgehend zurückgehalten werden. Durch den hohen Betriebsdruck im Primärkreislauf jedoch (das Wasser darf in diesem Kreislauf nicht verdampfen; es wird daher unter einem hohen Druck von 160 at gehalten), kann es in diesem System leichter zu Druckunfällen kommen.

Im November 1973 zogen Meldungen in westlichen Presseorganen die Aufmerksamkeit auf sich, in denen es – gestützt auf Recherchen des „Svenska Dagbladet" (Stockholm) – hieß, die in der DDR errichteten Reaktoren seien unzureichend gegen Rohrbrüche im Primärkühlsystem gesichert. Bei ausbleibender Kühlung könne der unter extrem hohem Druck stehende Druckbehälter wegen der zunehmenden Erwärmung des Kühlwassers bersten.

In Finnland, wo ebenfalls Reaktoren des sowjetischen Typs stehen, wurden daraufhin Notkühlsysteme in die Atomkraftwerke eingebaut. (International Herold Tribune, 2. 1. 1973).

In der DDR hingegen begnügten sich die Behörden damit zu versichern, alles sei in Ordnung: „Die Regierungskommission überzeugte sich davon, daß alle erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet von Sicherheit und Strahlenschutz verwirklicht wurden. Projekt und Ausführung gewährleisten den vollen Schutz von Personal, Bevölkerung und Umwelt." (Neues Deutschland, 24. 11. 1973). Vom kritisierten Kühlsystem kein Wort!

Sowjetische Wissenschaftler hingegen versicherten lediglich, die Gefahr, daß Rohre des Kühlsystems platzten, sei nicht gegeben.

Immer neue Einwände

„Ein weiterer nicht zu unterschätzender Verzögerungsfaktor ist der in einigen Ländern gesetzlich vorgeschriebene Erörterungstermin. Hier ist es in den letzten Jahren besonders in der BRD und der Schweiz durch sogenannte Bürgerinitiativen zu erheblichen Verzögerungen gekommen, indem die Erörterungen durch immer neue, meistens unbegründete Einwände verlängert, Anfechtungsklagen bei den Gerichten eingereicht oder sogar Bauplätze besetzt wurden."

Nein, das ist kein Zitat aus der „Bild"-Zeitung, sondern stammt aus der DDR-Fachzeitschrift „Kernenergie Nr. 1, 20. Jg. (1977)

Absolute Sicherheit?

Vertraut man der DDR-Presse, so sind auch die Auswirkungen der Reaktoren auf ihre Umwelt eine problemlose Sache. Das Kühlwasser des AKW Nord im Raum Greifswald wird nach Gebrauch in die dortigen Gewässer, den Greifswalder Boden, geleitet. Die Erwärmung des Gewässers schöpfte „die zugebilligte Temperaturerhöhung des Bodenwassers um ein Grad Celsius nicht aus", wußte das „Neue Deutschland" zu berichten. (15. 12. 1973). Bleibt nur die Frage, ob sich das nicht ändert, wenn dort, wie geplant, 8 Reaktorblöcke arbeiten?

In der Bundesrepublik wird mittlerweile auch von den leitenden Herren in Staat und Wirtschaft davon gesprochen, daß ein gewisses „Restrisiko" bei Atomreaktoren nicht auszuschließen sei. In der DDR hingegen ist weiterhin von absoluter Sicherheit der AKWs die Rede. (Neues Deutschland, 15. 12. 1973). Und es wird nicht nur gesprochen, sondern auch gehandelt. Der erste Atomreaktor in Rheinsberg war noch in einer praktisch menschenleeren Gegend gebaut worden: in einer Umgebung von 5 km befinden sich keine Ansiedlungen. (Neues Deutschland, 10. 5. 1966). Beim Bau des AKW Nord in Lubmin wurde diese Vorsicht nicht mehr für nötig gehalten. Denn auch in der Sowjetunion seien „für die Einwohner der Umgebung" von Atomkraftwerken keine negativen Erfahrungen gemacht worden, versicherte das SED-Zentralorgan im Dezember 1973.

„Das Atomkraftwerk Nord ist wissenschaftlich-technische Revolution in Aktion" durfte ein Dipl.-Ing. H. Mieth 1967 der DDR-Bevölkerung im „Neuen Deutschland" erzählen. Und so schreitet der „Fortschritt" auch in der DDR munter voran. Nach den neuesten Planungen für das Planjahrfünft 1976-1980 soll der Anteil der Atomkraft an der Elektroenergieerzeugung bald 27 % betragen.

Gleichzeitig werden jedoch auch dämpfende Stimme laut: „Die Möglichkeiten der Atomenergie wachsen nicht ins uferlose". So der stellvertretende DDR-Minister für Kohle und Energie, H. Ziergiebel zur „Frankfurter Rundschau" (25. 2. 1977).

Die Diskussionen um die Atomenergie sind in der DDR abseits von der betroffenen Bevölkerung gelaufen. Weder wurden umfassende Informationen über die Risiken der Atomenergie gegeben, noch bestand die Möglichkeit, kontroverse Standpunkte öffentlich zu diskutieren. Auch in die Entscheidungen für den weiteren Ausbau der Atomenergie wurde die Bevölkerung der DDR nicht einbezogen.

Damit sind für mich unabdingbare Voraussetzungen, um eine Gesellschaft als „sozialistisch" zu bezeichnen, in der DDR nicht vorhanden.

P. O.

Atomreaktoren in der DDR:
Forschungsreaktoren in Rossendorf (2 kW und 10 kW),
Forschungs-Atomkraft I Rheinsberg (70 MW)
Atomkraftwerk Nord „Bruno Leuschner" bei Lubmin (in Betrieb 880 MW, im Bau weitere 6 Doppelblöcke, Endleistung 3520 MW)
Atomkraftwerk Stendal (im Bau; Endleistung 3520 MW)

fahrraddemonstration in hamburg – 25. 6. 77

anläßlich des anfangs verbotenen stadtteilfestes in st. georg veranstalteten mitglieder buu-hamburg am samstag, 25. 6. eine fahrraddemo durch die hamburger innenstadt. etwa 300 – 400 leute fuhren mehrmals durch die city, es brachte viel spaß. auf der mönkebergstraße kam es zu einem zwischenfall. weil die demo die straße überqueren mußte, wurde die straße mit fahrrädern gesperrt. ein vw-fahrer fuhr provokativ in die sperre und stürzte eine frau vom rad. daraufhin wurde das auto leicht mit farbe besprüht. der fahrer wurde handgreiflich. ein demonstrant erlitt durch einen schlag ins gesicht einen jochbeinbruch und muß diese woche operiert werden. ein anderern wurde von der polizei festgenommen und der schweren körperverletzung und der sachbeschädigung beschuldigt.

es wurden sofort viele zeugenaussagen gesammelt, die wache festgestellt, wohin der kollege gebracht worden war, gemeinsam dort hingezogen und lautstark die freilassung gefordert. die polizei war sichtlich verunsichert und ließ ihn bald ohne ed-behandlung frei.

BUCH HANDLUNG
MARKTSTRASSE ZWÖLF
2 HAMBURG 6

alternativpressen ... kleinverlage ... literaturzeitschriften ... autorendrucke ... amerikanische literatur ... kunstbücher ...

AUSSTELLUNGEN + VERANSTALTUNGEN

di - fr : 14.00 - 19.00 / 43 78 48

KEIN ATOMKRAFTWERK MIT UNSEREM GELD

– BEREITSCHAFTS-ERKLÄRUNG –

Ich werde meine Abbuchungsermächtigung bei der HEW zurückziehen und erkläre mich bereit, am Stromrechnungsboykott (Kürzung um 10 %, die auf ein Sperrkonto überwiesen werden) teilzunehmen.
Meine Verpflichtung tritt aber erst in Kraft, wenn sich mindestens 1.000 weitere Kunden der HEW ebenfalls zur Teilnahme gemeldet haben.

Ich bin bereit, in meinem Bekanntenkreis weitere Unterschriften für diese Bereitschaftserklärung zu sammeln und bitte um Zusendung von . . . . . Bereitschaftserklärungen und weiterem Informationsmaterial.
(Bitte grundsätzlich Rückporto beilegen!)

. . . . . .
Datum Unterschrift

. . . . . .
Name in Druckbuchstaben

. . . . . Adresse

. . . . . .
Telefon

Bitte ausfüllen und zurückschicken an: Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion, z.Hd. W. Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, bzw. über Stadtteilkontakte weiterleiten lassen.

Die Kontrolleure

Es fängt damit an, daß es passieren kann, daß sich abends, wenn auf dem ziemlich leeren Bahnsteig die U-Bahn eingefahren ist und man sich ein Abteil aussucht, im letzten Moment rüpelhaft aussehende Ledertypen mit einem durch die Tür drängen, so daß man am liebsten wieder aussteigen und jemand um Geleitschutz bitten möchte. Das sind dann Fahrkartenkontrolleure.

Eine verständliche Fluchtreaktion würde wahrscheinlich gedeutet als Entzug vor der Kontrolle und irgendwann fragt man sich, wie lange es dauern wird, bis die Kontrolleure bewaffnet sind. Aber das ist sicher übertriebene Schwarzmalerei. Aber worum geht es eigentlich bei diesen Aktionen, die der Überlistung von Schwerverbrechern angemessen wären, wozu eigentlich dieser Aufwand an Personal und Einfällen?

Es geht um Schwarzfahrer und solche, die dazu gemacht werden. Die Einschüchterung der Bevölkerung ist offensichtlich gelungen, die Frage, ob Kontrollen in diesem Umfang nötig sind, ja, ob sie nicht eigentlich unzulässig sind, wagt niemand zu stellen, da er damit rechnen muß, rigoros zur Kasse gebeten ja eventuell sogar kriminalisiert zu werden. Muß der Verkehrsverbund nicht zuerst einmal dafür sorgen, daß man an **jeder** Station einen Fahrschein lösen kann. Die Forderung, eben jederzeit Kleingeld bereit zu halten, ist eine einfache Abspeisung und wird wahrscheinlich von Leuten erhoben, die meistens mit Chauffeur unterwegs sind. Es ist mir, selbst wenn ich 20 oder 50 DM-Scheine bei der Bank in Markstücke wechselte, nicht immer gelungen, das passende Kleingeld bereit zu haben. Es gibt nämlich auch noch Automaten in der Post, für Telefon und Briefmarken, Zigarettenautomaten, Non-Stop-Automatenläden, Waschautomaten und nicht zuletzt Spielautomaten. Für alle braucht man Klein- und Silbergeld. Jedesmal war nach ein paar Tagen schon mein Silbergeld weg, nicht zuletzt, weil ich hin und wieder angesprochen wurde von anderen unglücklichen Möchtegern-Fahrgästen, ob ich nicht wechseln könne. Es ist wirklich ein großes Handicap, ständig Markstücke sammeln zu müssen, oder aber nicht fahren zu können. Ist das überhaupt zumutbar. Soll ich denn durch halb Hamburg, z.B. vom Wandsbek nach Hoheluft zu Fuß gehen, weil ich vielleicht kein 2 Mark-Stück habe?

Verkehrsmittel müssen problemlos und bequem benutzt werden können, auch unvorhergesehen, wenn gerade eine Bahn oder ein Bus kommt. So, ohne nachzudenken, wie das Auto, nur ohne Parkplatzsorgen. Hier aber muß ich doch, selbst wenn ich eine Netzkarte besitze, ständig aufpassen, daß ich nicht die falsche Jacke mithabe oder sonstwie nicht in Gedanken bin, aus Gewohnheit vergesse zu lösen, wenn ich jahrelang eine Monatskarte gehabt habe und nun nicht mehr, oder aus Gewohnheit falsch löse, wenn ich wochenlang eine bestimmte Strecke gefahren bin und nun mal eine andere Strecke benutze.

Dem Verkehrsverbund ist offenbar nicht klar, daß man an etwas anderes zu denken hat, als an Fahrkarten. Es wird zwar Personal eingespart, angeblich soll es alles bequem sein, es gibt keine Sperren mehr, keine Schaffner, aber wenn in der Konsequenz aus dieser Personaleinsparung Irrtümer vorkommen, dann muß der Kunde die Kosten dafür tragen. Das Prinzip, mit Gewalt die Verkehrsbetriebe wirtschaftlich zu betreiben, ist umweltfremd, aber es

eben – ein besonderer Service des HVV, der bislang leider noch nicht aufs ganze Netz ausgedehnt ist – von der stets ausgeglichenen Queesstimme aus dem Lautsprecher automatisch fernsteuern (wenigstens nicht mehr dieser ständige Ärger mit den nuschelnden Busfahrern!)

Auf den Bahnhöfen, gemütlich gekachelt wie das Badezimmer daheim, vermittelt einem die Weite des unterirdischen Gängesystems so das richtige Gefühl der eigenen Verlorenheit. Die nötige Lebens-Zuversicht und die dazu passende Dynamik läßt man sich in solcher Situation am besten von den überdimensionalen, heiter-unbeschwerten Reklame-Figuren vormachen. (Komisch, daß der Frau, die diese ganzen Genüsse dann am Kiosk

Nulltarif schon heute?

SCHWARZ FAHREN

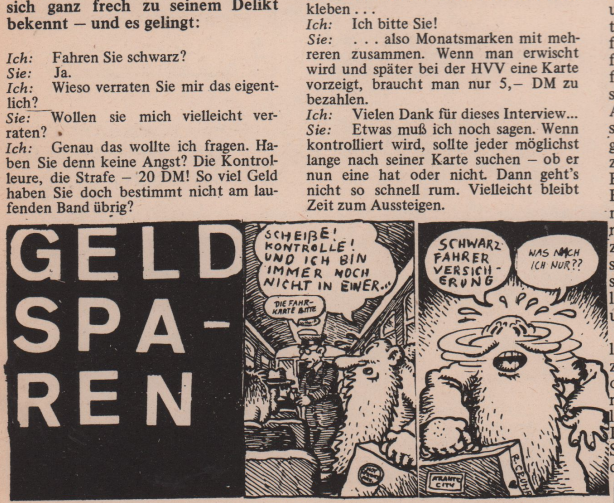
Fahren Sie etwa ‚schwarz'?!

Gestern in der U-Bahn wollte ich doch mal mit einem Schwarzfahrer reden – aber wie einen finden?

Man sieht ja niemandem an, ob er eine Fahrkarte, eine Monatskarte oder eben gar nichts in der Tasche hat. Der HVV schreibt ja immer wieder, wieviel Leute schwarzfahren – da muß doch auf einem vollen Bahnsteig einer zu finden sein. Ich frag jemanden: „Fahren Sie schwarz?" „Nein." – Es ist eben ein bißchen schwer, darüber zu reden, da das jeder heimlich für sich tun muß. Wo kämen wir denn hin, wenn z.B. Kontrolleure in ein U-Bahnabteil kommen und ertappte Schwarzfahrer nicht mehr unter den vorwurfsvollen Blicken der zahlenden Fahrgäste schamvoll erröteten, sondern das ganze Abteil den Kontrolleuren entgegenstrahlte: „Wir fahren alle schwarz"!!

Ich muß jemanden finden, der sich ganz frech zu seinem Delikt bekennt – und es gelingt:

Ich: Fahren Sie schwarz?
Sie: Ja.
Ich: Wieso verraten Sie mir das eigentlich?
Sie: Wollen sie mich vielleicht verraten?
Ich: Genau das wollte ich fragen. Haben Sie denn keine Angst? Die Kontrolleure, die Strafe – 20 DM! So viel Geld haben Sie doch bestimmt nicht am laufenden Band übrig?



Sie: Ach, wissen Sie, natürlich wär die Sache einfacher, wenn der HVV und die Stadt den Nulltarif selbst einführen würden. Ich hab wirklich nicht soviel Geld, daß ich auch noch bezahlen will, um zur Arbeit zu kommen oder Freunde zu besuchen.
Ich: Naja, zugegeben, aber da sind doch zwei Punkte: Der HVV sagt, Schwarzfahren lohnt sich nicht und abgesehen von dem Geld können Sie doch auch angezeigt werden, wenn Sie zu oft erwischt werden.
Sie: Das stimmt. Die tun gerade so, als wär man kriminell, wenn man wenigstens mal anfängt, den Nulltarif einzuführen. Aber abgesehen davon kann man eine Anzeige auch umgehen. Ich hab z.B. immer 20 DM ‚Notgeld' in der Tasche. Ich bezahle einfach gleich, wenn ich erwischt werde – mein Name wird dann gar nicht notiert . . .
Ich: hm.
Sie: . . . und damit das dann nicht zu teuer wird, bin ich in 'ner Versicherung.
Ich: Aber sowas kann doch keine Versicherung decken!
Sie: Doch! Wir machen eben selbst eine. Jeder bezahlt monatlich ein paar Mark. Wenn er erwischt wird, werden die 20 Mark aus der Kasse ersetzt. Also immer noch nicht ganz Null, aber schon ganz schön billig. Und selbst wenn man's alleine macht – so oft wird ja auch nicht kontrolliert. Bei zur Zeit noch 1,50 DM durchschnittlich pro Strecke hat man die 20 DM ja schon nach 14 Fahrten wieder raus . . .
Ich: Also, das sollten Sie besser nicht weiter ausführen – ich bin erstaunt, was es so alles gibt.
Sie: Man kann natürlich auch noch Monatsmarken auf andere Stammkarten kleben . . .
Ich: Ich bitte Sie!
Sie: . . . also Monatsmarken mit mehreren zusammen. Wenn man erwischt wird und später bei der HVV eine Karte vorzeigt, braucht man nur 5,– DM zu bezahlen.
Ich: Vielen Dank für dieses Interview...
Sie: Etwas muß ich noch sagen. Wenn kontrolliert wird, sollte jeder möglichst lange nach seiner Karte suchen – ob er nun eine hat oder nicht. Dann geht's nicht so schnell rum. Vielleicht bleibt Zeit zum Aussteigen.
Ich: Wollen Sie jetzt diejenigen, die immer noch bezahlen, auch noch da mit reinziehen?

Liebe Leser – keine Angst. Dieses Interview ist gottseidank fingiert. Es lag mir jedoch am Herzen, Sie auf die drohende Gefahr der schleichenden Einführung des unsozialen Nulltarifs hinzuweisen. Vielleicht überlegen Sie sich mal, wie Sie sich in dieser Angelegenheit verhalten und schreiben uns Ihre Meinung zu diesem Thema. Tschüs

FDP für Null-Tarif bei der HVV

Wie sich die Zeiten ändern!

Was der Parteivorstand vorgeschlagen hatte, ist jetzt vom FDP-Landesausschuß abgesegnet worden: Der Null-Tarif für die öffentlichen Verkehrsmittel der Hamburger City.

Morgenpost v. 1. 10. 73

Der besondere Service des HVV!

Neben der Stillegung der Straßenbahnen und der Einstellung von einigen Buslinien machen auch die U.- und S-Bahnen früher Feierabend. Abends fahren auch die Linienbusse im Anschluß nicht mehr. Die Verbesserung für die Hamburger Randbewohner: Sie dürfen auf Nachtbusse umsteigen und . . . 0,60 DM Zuschlag zahlen.

Der Charme der Neon-Bahn

Eigentlich ist die U-Bahn ein, wenn auch teures, so doch ganz praktisches Verkehrsmittel; immerhin fährt sie schnell und oft. Praktisch sind auch die Abteile: Alles aus Plastik und Metall und überwiegend blau und grau . . . vielleicht ein bißchen eintönig, aber um so besser machen sich in der tristen Umgebung aufheiternd-farbige Verbotsschilder, Schwarzfahrerdrohungen oder Reklametafeln. Die bieten sich mit einprägsamen Reimen auch noch gut zum Auswendiglernen an, wenn man sonst nicht weiß, wo man hingucken soll, denn aus dem Fenster zu sehen, ist meist wenig ergiebig. Bekommt man so schon keinen Eindruck von der Stadt, unter der man fährt, so weiß man doch wenigstens, welche großen Tageszeitungen und Fremdsprachenschulen es dort gibt, von wem man sich am günstigsten beerdigen läßt und wie man Verdruß in Bahn und Bus vermeidet.

Naja, und das taghelle Neonlicht macht's möglich, in der Bildzeitung des Gegenübers (ob Frau oder Mann kriegt man ja meistens nicht so richtig mit) in der künstlichen Welt was vom „wirklichen Leben", von den Katastrophen und Sensationen zu erfahren, die anderswo passieren. Ansonsten guckt man eben stur geradeaus, wie alle anderen auch. Ne' Unterhaltung anzufangen lohnt sich gar nicht, denn man ist ja bei der traumhaften Geschwindigkeit so wunderbar schnell am Ziel, daß einem vor lauter Hektiv nicht mehr viel Zeit bleibt (und zudem wirkt sich die Sterilität der Umgebung auch nicht gerade belebend aufs eigene Denken aus).

Der orientierungslose Großstadtbewohner findet sich schnell und einfach zurecht, wenn er bloß noch Zahlen, Farben und Bildchen behalten muß, anstatt sich Straßenzüge und Namen und den Eindruck einer Gegend einzuprägen, wenn er U1, U2, U3, blau, rot oder gelb fährt, von Pfeilen, Schildern und Symbolen geschickt wird, bzw. sich schieben läßt von Rolltreppen und Förderbändern (wie am Hauptbahnhof zu direkten Verbindung mit den Kaufhäusern schon eingeführt). Das ist doch nun wirklich einfach und bequem; wieso wird da bloß immer Reklame mit der Känguruh-Karte gemacht, die doch bei jedem HVV-Kunden Assoziationen an anstrengende Hüpfbewegungen durch weite Landschaften wecken muß!

Und wer sich den Namen der Station, bei der er aussteigen muß, nicht merken kann, der läßt sich

NEUE APOTHEKE St PAULI
(Inh. Regis Genger)

Clemens Schulzstr. 90
Tel: 3192694

ntrolleure müssen weg!

zu müssen, oder aber nicht fahren zu können. Ist das überhaupt zumutbar. Soll ich denn durch halb Hamburg, z.B. vom Wandsbek nach Hoheluft zu Fuß gehen, weil ich vielleicht kein 2 Mark-Stück habe?

Verkehrsmittel müssen problemlos und bequem benutzt werden können, auch unvorhergesehen, wenn gerade eine Bahn oder ein Bus kommt. So, ohne nachzudenken, wie das Auto, nur ohne Parkplatzsorgen. Hier aber muß ich doch, selbst wenn ich eine Netzkarte besitze, ständig aufpassen, daß ich nicht die falsche Jacke mithabe oder sonstwie nicht in Gedanken bin, aus Gewohnheit vergesse zu lösen, wenn ich jahrelang eine Monatskarte gehabt habe und nun nicht mehr, oder aus Gewohnheit falsch löse, wenn ich wochenlang eine bestimmte Strecke gefahren bin und nun mal eine andere Strecke benutze.

Dem Verkehrsverbund ist offenbar nicht klar, daß man an etwas anderes zu denken hat, als an Fahrkarten. Es wird zwar Personal eingespart, angeblich soll es alles bequem sein, es gibt keine Sperren mehr, keine Schaffner, aber wenn in der Konsequenz aus dieser Personaleinsparung Irrtümer vorkommen, dann muß der Kunde die Kosten dafür tragen. Das Prinzip, mit Gewalt die Verkehrsbetriebe wirtschaftlich zu betreiben, ist umweltfremd, aber es soll durchgepaukt werden, das Monopol wird benutzt um den Bürger zu bevormunden.

Es erhebt sich die Frage, ob überhaupt das Recht der Bevölkerung auf Beförderung nicht höher zu stellen ist als das Recht des Verkehrsverbundes auf Entgelt.

Es gibt doch vielerlei Notsituationen oder Zwangslagen, in denen man eigentlich auf das Verkehrsmittel angewiesen ist. In einer so großräumigen Stadt sind öffentliche Verkehrsbetriebe verpflichtet, für die Bürger der Stadt die Möglichkeit zu schaffen, die sonst unzumutbaren Entfernungen in ihrer Stadt zu überwinden. Was macht der Autofahrer, dessen Wagen nicht anspringt? Soll er zu Fuß zur Arbeit gehen? Was sollen junge Frauen und Mädchen spät abends an irgendwelchen Vorortbahnhöfen machen, sollen sie mutterseelenallein herumsitzen und warten, bis vielleicht mal jemand vorbeikommt und ihn ansprechen um Kleingeld? Oder zu Fuß durch die Walddörfer nach Hause gehen? Sollen Kinder, die sich bei früh einfallender Dunkelheit verspätet haben, für einen kurzen Weg, den sie normalerweise zu Fuß gehen, nicht ein Verkehrsmittel benutzen dürfen, nur weil sie vorher nicht daran gedacht haben, sich das nötige Geld einzustecken. Es wäre wirklich an der Zeit, die Stadt sicherer zu machen, dazu gehört, ein jederzeit benutzbares Verkehrsmittel!

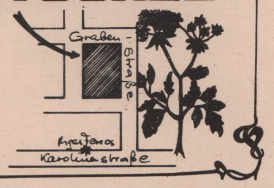
LIEBSTÖCKEL

ab 18 uhr . . .

kneipe im

karolinenviertel

Tel. 430 03 04



Die Verkehrsbetriebe sind aber eher ein Verein zur Behinderung des reibungslosen innerstädtischen Verkehrs.

Man fragt sich, ob nicht das „erhöhte Fahrgeld" (20,– DM Strafe) schon fest in den Etat eingeplant ist, vielleicht sollen damit solche Renommierlinien, wie die neue S-Bahn nach Landungsbrücken finanziert werden?

Kontrolleure lassen sich auf keine Diskussionen ein, Jugendliche sind davon besonders betroffen, weil Ihnen a priori unterstellt wird, sie wollten umsonst fahren, Entschuldigungen haben da gar keinen Zweck. Ich soll zu einem erhöhten Fahrgeld gebeten werden, weil ich auf Grund einer irrtümlichen Aussage eines Busfahrers eine Station mit dem Bus gefahren bin, wofür mein Fahrschein nicht mehr gültig war. Ich wäre aber nicht gefahren, wenn mir nicht ein Fahrer bei einer früheren Fahrt gesagt hätte, der Schein würde ausreichen. In allen Zweifelsfällen beruft sich der HVV auf die Beförderungsbedingungen, die eigentlich Knebelbedingungen sind, da kein Fahrgast die Möglichkeit hat, ein anderes Verkehrsmittel zu benutzen. Außerdem sind sie sowieso anarchronistisch: es ist nach den Beförderungsbedingungen nicht erlaubt, den Bahnsteig ohne gültigen Fahrtausweis oder Bahnsteigkarte zu betreten. An den Fahrkartenautomaten steht aber, daß man sich im Störungsfalle an den Beamten wenden soll. Wie denn? Man darf doch den Bahnkörper nicht betreten. Die Male übrigens, die ich gezwungen war, einen Fahrschein einer teureren Klasse zu lösen, weil es mit einem 2 DM-Stück nicht möglich ist, eine Fahrkarte für 1 DM zu lösen, die zählen natürlich nicht, das ist mein Ver-

eben – ein besonderer Service des HVV, der bislang leider noch nicht aufs ganze Netz ausgedehnt ist – von der stets ausgeglichenen Queesstimme aus dem Lautsprecher automatisch fernsteuern (wenigstens nicht mehr dieser ständige Ärger mit den nuschelnden Busfahrern!)

Auf den Bahnhöfen, gemütlich gekachelt wie das Badezimmer daheim, vermittelt einem die Weite des unterirdischen Gängesystems so das richtige Gefühl der eigenen Verlorenheit. Die nötige Lebens-Zuversicht und die dazu passende Dynamik läßt man sich in solcher Situation am besten von den überdimensionalen, heiter-unbeschwerten Reklame-Figuren vormachen. (Komisch, daß der Frau, die diese ganzen Genüsse dann am Kiosk verkauft, das anziehende Lächeln offensichtlich zwischen all den Köstlichkeiten schon vergangen ist.)

Wo man auch hinsieht, überall mahnt die Uhr, wie aus Schule und Betrieb vertraut, zur Pünktlichkeit. So wird einem ständig die entscheidende Wichtigkeit von 3 1/2 Minuten vor Augen gehalten. Schließlich muß es ja für's eigene (?) Leben von ungeheurer Bedeutung sein, ob man die nächste oder erst die übernächste Bahn kriegt, denn sonst würde wohl kaum jemand, sei er auch noch so müde und kaputt, der Maschine noch verzweifelt hinterherlaufen. Wenn er sie dann doch leider nicht mehr geschafft hat, so hat wenigstens umgekehrt die Maschine den Menschen geschafft.

Mitfahren - Kohle sparen

Diejenigen, die nun mal Autos haben, könnten doch mal öfters jemanden mitnehmen,

weil dann die Autos besser ausgenutzt würden,

weil das denen ohne Auto hilft.

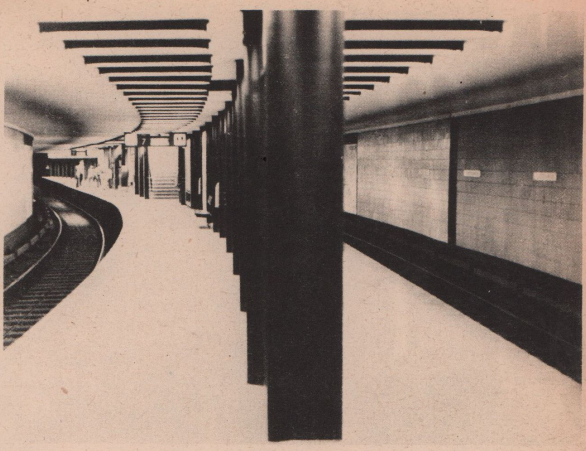
Der Rote Punkt könnte mal wieder ausgekramt werden und nicht nur direkt bei Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen, sondern auch sonst signalisieren „Ich nehme jemanden mit".

Wenn man/frau an einer roten Ampel wartet, steht man/frau oft vor Bushaltestellen. Schnell mal das Fenster runterkurbeln und fragen, ob jemand mit möchte.

Wir sollten davon ausgehen können, daß die Antiatomsonne auch immer gerne jemanden mitnimmt – auch mal in der Stadt trampen, wenn man/frau auf den Bus wartet – oft klappt's.

Und dann gibt's noch den Trend „Frauen nehmen Frauen mit". Mit Frau fahren wir oft besser als mit Mann.

Ulla



lust. Aber wehe, ich würde in einem solchen Fall zu wenig lösen!

Ich glaube, es handelt sich hier nicht um ein kleinkariertes Problem, um das Feilschen um Fahrpreise. Letztenendes geht es um mehr, um die Erhaltung einer menschenwürdigen Stadt. Dazu ist ein Verkehrssystem notwendig, daß in der Lage ist, den Individualverkehr abzulösen. Denn daß der weitere Ausbau von Städten zu Autodurchgangsstraßen die Vernichtung jeglicher Lebensqualität bedeutet, liegt klar sichtbar zutage.

Ich könnte von der Möglichkeit meines Einkommens her (Ärztin) mir gut einen Wagen kaufen, aber ich denke, daß einfach nicht mehr jeder, der es sich leisten kann, sich ein Auto kaufen darf, man muß versuchen, ohne Wagen auszukommen. So möchte ich lieber die Bahn benutzen, aber hier bekomme ich Verfolgungswahn und es ist so lästig, ständig sich, bevor man aus dem Haus geht, überlegen zu müssen, welche Fahrt man nun wohl antreten wird.

Wer vom Auto auf die Bahn umsteigt, heißt es, ist auch bereit, hohe Fahrpreise zu zahlen. Mag sein, aber ich glaube nicht, daß dieses Glücksspiel mit den Kontrolleuren, diese ständige Überwachung, mit Methoden, die einen vermuten lassen, man befinde sich dabei, eine kriminelle Tat zu begehen, sehr anheimelnd wirkt. Warum soll nicht jeder Haushalt in Hamburg jährlich für die Verkehrsbetriebe bezahlen. Rundfunk und Fernsehen bezahlt man auch monatlich und nicht jedesmal, wenn man den Apparat einschaltet. Und das Argument, bei einer Art Steuer müßten auch die Autofahrer und andere Bürger, die die Bahnen nicht benutzen für etwas bezahlen, das sie nicht nutzen, ist ein Scheinargument. Auch die Nichtbahnfahrer, ja, besonders die Autofahrer haben den Nutzen von einem öffentlichen Verkehrssystem. Jedes Auto, das nicht auf unseren Straßen fährt, ist ein gutes Auto.

Ich finde wirklich, daß die Verkehrsmittel ein Problem für uns sind, der Terror durch die Kontrolleure muß aufhören!

Sonja Ch.

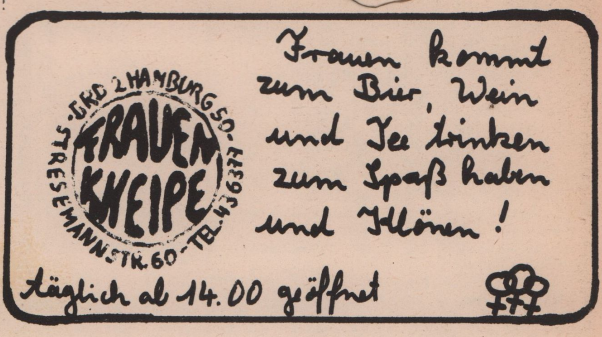
Sparmaßnahmen beim HVV!

Die Eröffnung der City-S-Bahn kam einem Volksfest gleich, an dem Zehntausende von Hamburgern teilnahmen. Zwei Tage lang hatte jedermann Gelegenheit, kostenlos den neuen Schnellbahnabschnitt kennenzulernen.

Unter anderem warben wir mit

- 700000 Schnellbahn Klappkarten
- 200000 Gedenkkarten
- 5000 Postkartenserien
- 10000 historischen Fahrplänen
- 8000 HVV-Mützen

aus HVV-Bericht '75



Weniger Betten in Rissen ?

Die Gesundheitsbehörde will sich weiterhin zum Schaden der hamburger Bevölkerung „gesund" schrumpfen, sie macht damit die Krankenhausversorgung immer kränker:

Das Rissener Krankenhaus soll von ehemals ca. 600 Betten (jetzt: ca. 520) auf 324 verkleinert werden. Die Neurologie (Nervenheilkunde) und Hals- Nasen- Ohren-Abteilung soll sogar ganz verschwinden.

Dagegen ist zu sagen:

Das Rissener Krankenhaus ist relativ gut ausgelastet, es versorgt jährlich etwa 10.000 Patienten. Ausweichmöglichkeiten sind kaum vorhanden, also Wartezeiten, lange Anfahrten für Kranke und Besucher.

Das verstümmelte Haus wäre unrentabel, die Reduzierung ist möglicherweise ein Schritt zur Schließung des Hauses.

Die Ausbildung von Krankenpflegepersonal wäre nicht mehr gesichert. Schon jetzt wandern viele qualifizierte Schwestern und Pfleger in andere Häuser ab, einstellen lassen will sich kaum jemand mehr; auch so erreicht die Behörde ihr Ziel. Eine Hilfe haben die Rissener:

Auch die CDU macht sich gegen die Bettenstreichung stark, was nicht wundert, wenn man die Bevölkerungsstruktur der umliegenden Nobelwohngebiete kennt. Auch anderswo darf nicht gestrichen werden, weder in Rissen noch in Arbeiterwohn- und Industriegebieten.

In Rissen haben sich mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die in der nächsten Ausgabe der Gr. Fr. ausführlicher berichten.

K. Sörensen

Anti AKW Sommerlager überall und anderswo

grohnde

die grohnder platzbesetzer geben eine wöchentlich erscheinende zeitung heraus: „Anti-Atomdorf-Kurier". in hamburg über den buu-büchertisch zu beziehen. es sind einige baufahrzeuge zerstört worden, im lager besteht uneinigkeit über die bewertung solcher aktionen. die mehrheit hat sich davon in einer presseerklärung distanziert.

mitfahrgelegenheiten werden über den laden lutterothstr. organisiert. fahrer und mitfahrer, bitte 40 27 82 anrufen!

neue kontaktadresse für grohnde: bi hameln, alte marktstr. 27, 3250 hameln, tel. 05151/21967

zeltlager in brokdorf

vor etwa sechs wochen haben sich mitglieder verschiedener buu-gruppen aus hamburg zusammengesetzt (bis jetzt etwa 5 mal), die das lager in brokdorf vorbereiten. diese gruppe ist offen, es sollten sich noch viel mehr leute beteiligen. wir treffen uns unregelmäßig, termin ist über den laden lutterothstr., tel. 40 27 82, oder auf dem montagstreffen der autonomen gruppen zu erfahren.

bis jetzt wurde folgendes diskutiert:

funktion des lagers:

- bewachung, störung, wenn möglich verhinderung des baus
- praktische handwerkliche übungen
- volkshochschule (filme, vorträge usw.)
- aufbau eines alarmsystems
- vorbereitung und begleitung des lüneburger prozesses

ort: möglichst nahe am bauplatz

termin: das lager sollte einige wochen vor dem prozeß begonnen werden. das ende sollte nicht festgelegt sein, anzustreben ist ein ständiges bewachungslager, das in kontakt steht mit anderen lagern in der brd.

wir sprachen zuerst mit einigen leuten aus der buu wilster, die dem lager grundsätzlich zustimmten und es unterstützen wollten. der ak brokdorf (gruppen wilster, brokdorf, wewelsfleth, borsfleth, krempe) lud uns zu einem gespräch ein. ihre absicht war offenbar, den inhalt des lagers zu bestimmen (z.b. keine helme, keine straßenmalerei, keine kommunistischen zeitungen, lagerordnung). wir haben uns darauf nicht eingelassen.

das nächste treffen war auf der marschenkonferenz, freitag, 1. 7. alle anwesenden bi-vertreter (aus: quickborn, elmshorn, heide, pinneberg, itzehoe, brunsbüttel, ütersen, wedel) fanden die idee gut. wichtig ist, daß sich viele leute ernsthaft an vorbereitung und durchführung beteiligen. es muß in den initiativen diskutiert und erfahren werden, wieviele leute bereit sind, zeit für das lager aufzubringen.

mitglieder von initiativen der marschenkonferenz haben bereits am vorbereitungstreffen am sonntag, 3. 7. teilgenommen. es ist geplant, zur vorbereitung des lagers eine veranstaltung in wilster über grohnde und den lüneburger prozeß zu machen.

„Die Lebenden hält keiner auf"

Unter dieser Parole treffen sich am 30./31. Juli Atomkraftgegner aus ganz Europa in Malville (Isere, Frankreich). Dort wurde vor kurzem mit dem Bau eines „Schnellen Brüters" begonnen. Schnelle Brüter, die als die zweite Generation von Atomreaktoren bezeichnet werden, gelten wegen der Verwendung von flüssigem Natrium und der Herstellung von Plutonium als besonders gefährlich. Am Bau des Superphenix in Malville ist auch der deutsche Energiekonzern RWE beteiligt.

In Malville werden 100.000 Menschen erwartet. Über die Aktionsform besteht Uneinigkeit. Einige der französischen Gruppen wollen auf das Baugelände vordringen, „um dort alles zu zerstören, was zerstört werden kann". Andere lehnen einen Besetzungsversuch ab.

Nach dem gegenwärtigen Informationsstand treffen sich die deutschen Gruppen, die nach Malville fahren in Morestel (oder Poleyrieu).

Ein Internationales Sommercamp der AKW-Gegner in Gartow (bei Gorleben) vom 17. 7. - 13. 8. 1977 organisiert der Bund deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend. Die Erholung soll mit vielfältigen Initiativen (Arbeitsgruppen, Aktivitäten nach außen, Überlegungen zum ‚wie soll's weiter gehen' usw.) gemischt werden. Mitmachen kann jeder, auch Gruppen. Gesucht werden noch Leute, die mit vorbereiten helfen (z.B. vielleicht eine „Volkshochschule" unter Ausnutzung aller erdenklichen Medien). Und natürlich soll auch alternative Energie gewonnen werden.

Das Lager wurde bereits durch mehrere regionale und bundeszentrale Seminare vorbereitet.

Holt also schnellstens Auskünfte ein und meldet euch an bei:
BDP/BDJ – Bundeszentrale,
Hamburger Allee 49,
6 Frankfurt / M. 90,
Telefon: 0611 / 777 010.

(Die grosse freiheit hat auch noch zwei, drei Informationspapiere und Materialien).

Wie teuer?

DM 200,– für 14-tägige Campteilnahme, Unterkunft, täglich eine warme Mahlzeit, morgens und abends Tee oder Kaffee (für sonstiges gibt's einen Lagerladen), Programm, Zelt- und Hallenbenutzung und Fahrtkostenausgleich.

Neue Baugenehmigung für Atomkraftwerk

Zum ersten Mal seit Brokdorf hat die Bundesregierung wieder eine Baugenehmigung für ein Atomkraftwerk erteilt. Standort ist Philipsburg, wo bereits ein AKW steht.

Nach Brokdorf war von der Regierung zunächst beschlossen worden, keine weiteren Baugenehmigungen zu erteilen bis das Problem der Lagerung und Wiederaufbereitung des Atommülls „gelöst" ist.

Bei Philippsburg sind die AKW-Planer nun auf die Idee gekommen, den Müll vorübergehend nach Frankreich zu schaffen, bis die Wiederaufbereitungsanlage steht. Fragt sich nur, ob auch die französische Bevölkerung bereit ist, die Rolle des Mülleimers zu übernehmen.

AKW Prozesse

Zur Diskussion gestellt

immer wieder ist mir bei diskussionen mit leuten aus der anti-akw-bewegung aufgefallen, daß bei ihnen ein unklares verhältnis zu anklagen und prozessen gegen akw-gegner besteht. ‚die haben doch selber schuld, die haben auch was gemacht, wenn man sie vor gericht stellt.'

solche oder ähnliche sprüche machen es einfach notwendig, hier mal einiges klar zu kriegen. bei demonstrationen werden immer wieder typen rausgegriffen, verhaftet und zu gewalttätern aufgebaut. die anklagen reichen von widerstand über körperverletzung, sachbeschädigung und landfriedensbruch bis hin zum versuchten totschlag. was daran besonders auffällt, ist, daß, je größer und massiver der widerstand gegen das atomprogramm der regierung wird, je schwerer werden auch die anklagen gegen gegner des atomprogramms.

die spitze dieser anklagen war bis jetzt ‚versuchter totschlag'. dieser vorwurf wurde gegen einen teilnehmer der grohnde demonstration erhoben. man versuchte so, durch die verbreitung dieses tatvorwurfs in der presse die bewegung zu kriminalisieren und zu spalten. einmal in gewaltlose, die sich von diesen ‚gewaltaktionen' distanzieren, und in die militanten, die nur um der nackten gewalt willen an den demonstrationen teilnehmen.

diese taktik wurde schon einmal angewandt. als man zur dritten brokdorfdemonstration aufrief, erreichte die presse durch berichte über geplante gewaltaktionen, daß sich die bewegung spaltete. die „gewaltfreien" gingen nach itzehoe und die anderen, die man versuchte, zu terroristen zu machen, gingen nach brokdorf, ein zweiter effekt solch konstruierter anklagen und berichten über ‚gewalttäter' in der presse ist, daß man die bewegung von der bevölkerung, die mit kriminellen gewalttätern nichts zu schaffen haben will, isoliert.

hier muß man schon versuchen, klar zu machen, wer gewalt anwendet. wenn der staat sich mit seinen organen wie bullen, mek, vs usw. sich zum verlängerten arm der industrie macht, verläßt er seine eigene **rechtsstaatsbasis.** ein atomprogramm, das von der industrie gegen den willen der bevölkerung, mit hilfe von gewalttätigen staatsorganen, durchgesetzt werden soll, macht hier nicht alleine widerstand notwendig, sondern zur pflicht. das muß auch klar gemacht werden vor und in den prozessen. prozeße gegen typen müssen politisch begriffen werden, d.h. in ihnen muß information transportiert werden über den staat als gewalttäter. es muß klar werden, warum diese prozesse gemacht werden, nicht um straftandlungen zu verurteilen, sondern um die bewegung zu kriminalisieren und dann zu liquidieren.

das heißt aber auch, wir müssen eine öffentlichkeit schaffen, der bewußt ist, daß die prozesse unrecht zu recht machen und dazu dienen, uns zu schwächen.

dazu bedarf es aber auch eines bewußteren verhaltens, von uns bei demonstrationen und danach. wir brauchen massenhaft berichte, fotos und zeugenaussagen von leuten, die auf demos waren und gewalttätige übergriffe von bullen auf demonstranten beobachtet, fotografiert oder gefilmt haben. es reicht nicht aus, nur auf demos rumzulatschen, sich hinterher aber mit dem ‚den-haben-wir-es-abergezeigt-geführ' wieder in seine vier wände zurückzuziehen und die weitere entwicklung dem gegner zu überlassen. wir müssen einfach dazu übergehen, die gruppen, wie ermittlungsausschuß, medizinergruppe zu gebrauchen, damit wir unsere erfahrungen diskutieren können und die entwicklung weiter selber bestimmen.

ein asphaltindianer

AKW Prozesse

Johann H.

In Itzehoe haben die ersten Prozesse gegen Beteiligte der Platzbesetzung vom 30. Oktober vorigen Jahres begonnen (s. große freiheit Nr. 4).

Johann H. wird Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung vorgeworfen. Er soll sich am besagten Tage auf dem besagten Platz aufgehalten und eine Drahtrolle fortgetragen haben. Zum Vorwurf des „Hausfriedensbruchs" befragt, gibt der Einsatzleiter Müller zu, mit Bode und einer Frau ein Stillhalteabkommen geschlossen zu haben, um Zeit für die Sammlung neuer Polizeikräfte zu gewinnen.

Johann H. wurde wegen versuchter Sachbeschädigung zu 7 Tagessätzen a DM 27,– verurteilt. Vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs spricht das Gericht ihn frei.

hamburg

im zusammenhang mit der „hamburger demo" am 22. 1. 77 ist ein eimsbütteler akw-gegner angeklagt, es werden noch zeugen gesucht, kontakt: ermittlungsausschuß der buu, lutterothstr. 33, oder rechts-anwaltbüro, ruf 040/49 29 15.

pinneberg

am do., den 30. 6. 77 fand in pinneberg ein prozeß gegen ein mitglied des „ak gegen kernenergie quickborn" statt. wegen plakatklebens am 29. 10. 76 mit einem aufruf zur kundgebung am 30. 10. anklage: sachbeschädigung und verstoß gegen das versammlungsgesetz. eine hundertschaft sperrte das gerichtsgebäude ab, leibesvisitationen, ca. 45 zuschauer. nachdem sich die zeugen in widersprüche verwickelt hatten und die verteidigung den paragraphen 26 des versammlungsgesetzes als verfassungsrechtlich umstritten erklärt hatte, beantragte der staatsanwalt einstellung des verfahrens wegen jugendlicher unreife des angeklagten. das gericht entsprach diesem antrag.

lüneburg

prozeß vor der zweiten kammer gegen die sofortige vollziehbarkeit der ersten teilgenehmigung des **akw-brokdorf.**

das oberverwaltungsgericht in lüneburg hat die prozeßgegner aufgefordert, bis zum **31. 7. 77** in einem schriftsatz zu einigen, dem gericht noch offenen fragen, stellung zu nehmen. danach wird das gericht, eventuell nach einer öffentlichen verhandlung in lüneburg, das urteil sprechen. das urteil wird den weiterbau des akw-brokdorf freigeben oder den bau weiterhin stoppen. wird der bau freigegeben, so wird die landesregierung – wie stoltenberg öffentlich erklärt hat – die zweite teilgenehmigung mit sofortiger vollziehbarkeit aussprechen. bleibt der bau weiterhin gestoppt, so wird in einem weiteren verfahren über die erste teilgenehmigung entschieden (usw. mit jeder sofortigen vollziehbarkeit und teilgenehmigung und betriebsgenehmigung). die verhandlung in lüneburg wird wahrscheinlich mitte/ende august stattfinden.

wyhl

verwaltungsgericht freiburg gab am 2. 7. die schriftliche begründung seines mitte märz verkündeten urteils gegen den bau des akw-wyhl bekannt. das gericht hatte die erste teilerrichtungsgenehmigung aufgehoben, weil ein berstschutz fehlt. das gericht äußerte zudem bedenken zu der behördlichen praxis, katastrophenpläne nicht zu veröffentlichen.

kürzlich hat das verwaltungsgericht würzburg die notwendigkeit eines berstschutzes für den reaktorbehälter des bereits teilweise fertiggestellten akw-grafenrheinfeld verneint. auch die reaktorsicherheitskommission hatte als reaktion auf die freiburger entscheidung im märz in einer stellungnahme einen zusätzlichen berstschutz für reaktoranlagen als nicht erforderlich bezeichnet.

Neueröffnung

Ihr findet bei uns Bücher vor allem zu den Schwerpunktthemen Anarchismus, Ökologie, Gewerkschaftsbewegung und Antimilitarismus, ferner Zeitschriften, Poster, Schallplatten, Kleinkunst und Naturheilmittel.

Es gibt Platz und Ruhe zum Klönen, Lesen und Musikhören; wir haben einen Versammlungsraum, den wir Gruppen zur Verfügung stellen. Unsere Dunkelkammer kann gegen Unkostenbeteiligung benutzt werden.

Unsere Adresse: Kleiner Schäferkamp 32 HH 6 (U-Bahn Schlump); Öffnungszeiten: Mo-Fr. 16 - 19 Uhr und Sa. 10 - 15 Uhr

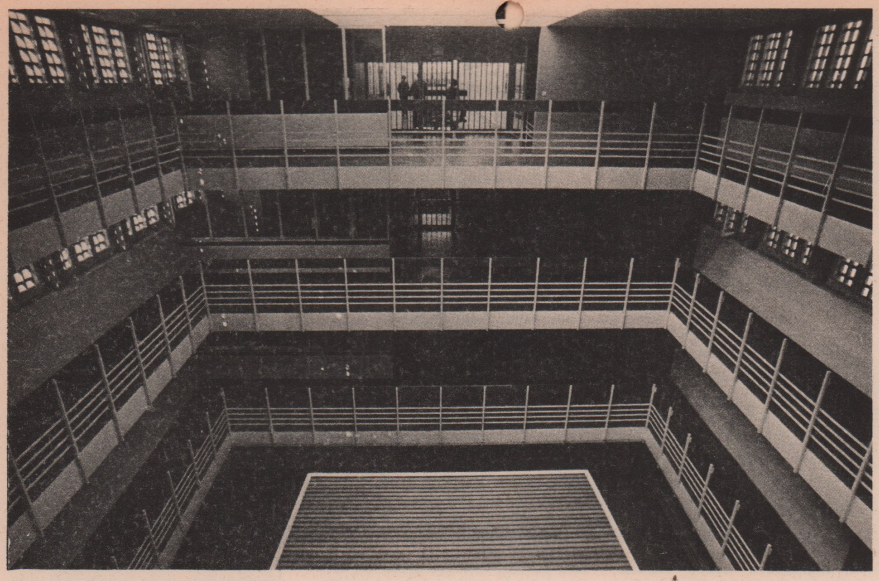
Buchladenkollektiv

'FREIHEIT!'

Kai Ehlers

Kai Ehlers ist presseverantwortlich für ein Flugblatt des KB, über die Räumung des besetzten Platzes, das ihm die Anklage „Beleidigung der Polizei" einbrachte. Darin war die Rede von „Polizeiterror" und „unbeschreiblicher Brutalität" der „Bullen". Fast alles Begriffe, mit denen die bürgerliche Presse die Räumung von 30. 10. beschrieben hatte. Zu dieser Anklage hieß es in der MoPo vom 8. Juni: „Was hat Kai Ehlers eigentlich getan? Über Brutalität des Polizeiensatzes haben seinerzeit etliche Presseorgane (auch die Morgenpost) berichtet. Niemand wurde angezeigt."

Kai Ehlers erhielt einen Strafbefehl über 1.800 DM, ersatzweise zwei Monate Gefängnis. Verhandelt wurde über den Einspruch, den er dagegen einlegte. An zwei Verhandlungstagen konnte nicht geklärt werden, ob der Polizist Fleischfresser überhaupt berechtigt war, die Anzeige zu erstatten. Die Verteidiger beantragten, das Verfahren wegen „mangelnder Rechtsgrundlage" einzustellen. Dazu konnte sich das Gericht nicht entschließen. Es gab dem Staatsanwalt nochmal die Chance, seine Ermittlungen nachzuholen, indem es die Verhandlung aussetzte. Damit ist der Prozeß fürs erste geplatzt.



Wo bleibt der „humane Strafvollzug"?

Die Sozialarbeiter waren zwei Jahre in Vierlande tätig. Ihr Tätigkeitsbereich waren zum einen die Stationen, auf denen die Zellen der Strafgefangenen sind. Hier ist der direkte Kontakt zu den Jugendlichen der wesentliche Bestandteil der Arbeit, die Vollzugsplanung für die Zeit der Strafhaft, Klärung persönlicher Fragen und Probleme (so weit es im Knast möglich ist), Entlassungsvorbereitungen und vieles mehr beinhaltet. Außerdem werden in mehreren Kommissionen mit allen Berufsgruppen die in der Anstalt tätig sind, die anfallenden Probleme und die Pläne, die mit den Jugendlichen erarbeitet, wurden besprochen.

Der Rausschmiß und das damit verbundene Hausverbot soll das Ende eines langwährenden Konfliktes in der JVA Vierlande sein, der im April mit einer kleinen Maus, oder besser gesagt mit einem Teil von ihr begann.

„Mäusehintern in der Suppe!"

Am 15. 4. 77 fand ein Gefangener der Jva-Vierlande ein undefinierbares Stück Fleisch mit langen dunklen Haaren daran in seiner Suppe, was sich letztlich als das Hinterteil einer Maus entpuppte. Die darauffolgende Mittagessenverweigerung auf einer der vier Stationen der Strafhaftabteilung fand immer wieder neue Bestätigung durch Unzulänglichkeiten des Essens, die aus früheren Zeiten bekannt wurden. Z.B. waren die Schollen bereits mit Rasierklingen bespickt serviert worden, einige Köche haben ihre Fingernägel im Quark verloren und selbst ein Ochsenauge soll in der Suppe geschwommen haben.

Auch während der Essensverweigerung gab es an fast jedem dieser 12 Tagen einen Grund, an dem allen hätte deutlich werden müssen: DIE FORDERUNG DER JUGENDLICHEN STRAFGEFANGENEN IST BERECHTIGT UND AUFGRUND IHRER SITUATION FÜR SIE SELBST NOTWENDIG!

Die Reaktion der Anstalt

So wurde die Situation allerdings nur von einer kleinen Minderheit in der Anstalt eingeschätzt. Nachdem man die Aktion due ersten Tage kaum zur Kenntnis nahm, kroch doch langsam ein unwohles Gefühl bei den Beamten und der Anstaltsleitung hoch, denn die Streikfront wurde immer breiter und die Solidarität immer besser. Die Beamten versuchten nun diese Einheit wieder zu brechen.

Das verweigerte Essen ging nicht an die Großküche der Nachbaranstalt zurück, sondern wurde einzelnen Gefangenen, die nicht streikten, als zusätzlicher Bonbon für ihr wohlgefälliges Verhalten ausgeteilt. Als die Antwort der Streikenden zu dieser Schweinerei am nächsten Mittag kam, indem sie das Essen durch zusammenkippen aller Bestandteile unbrauchbar machten, um der Bestechung anderer Gefangener durch die Beamten vorzubeugen, setzte eine massive Hetzkampagne gegen die Für-Sprecher des Essenboykotts ein.

Dies waren zum einen die Streikenden selbst und in erster Linie diejenigen von ihnen, die in Vollversammlungen der Station A 2 als Sprecher gewählt worden waren. Die Aktionen waren nun plötzlich „das eindeutige Machtwerk einiger Rädelsführer, die diesen Boykott durch Unterdrückung der meisten anderen Gefangenen organisiert haben."

Zum anderen waren es die Sozialarbeiter von 3 Stationen (auf der 4. Station ist eine Psychologin tätig) und die Lehrer, die in einer Versamlung den Beamten und der Anstaltsleitung die Aktionen der Jugendlichen zu begründen versuchten und auch die organisierte, solidarisch ablaufende Essensverweigerung akzeptierten. Das Ende dieses Gespräches waren Stationsversammlungen mit den Sozis und dem jeweiligen Stationsbeamten, in der drei Gefangene aufgefordert wurden, den Essenboykott zu beenden, was an den folgenden Tagen auch geschah.

Unterstützung von „Draußen"

In der Zwischenzeit war durch breite Informationen der Gefangenen nach draußen (Briefe an öffentliche Stellen, und den Rundfunk, Briefe an Freunde und Verwandte, Informationen durch Gefangene, die „draußen" im Urlaub sind, usw.) auch die Öffentlichkeit aktiv geworden. An der Uni fand eine Veranstaltung zu der Situation in Vierlande statt, im Informationsdienst und im Arbeiterkampf erschienen Artikel über die Mißstände in der Anstalt und über die Aktion der Strafgefangenen. Außerdem wurden mehrmals in Bergedorf Flugblätter zu dieser Sache verteilt.

Nachdem die ersten Solidaritätsbriefe und Resolutionen in der Anstalt eingetroffen waren, wurde die Version der Anstaltsleitung zum Essenboykott dadurch ergänzt, daß die ganze Sache „von draußen gesteuert" sei und die Gefangenen „für die Ziele linksradikaler Gruppen mißbraucht" werden.

„Wir finden die Sündenböcke!"

Die Sozialarbeiter, die dem Essenboykott positiv gegenüberstanden, und auch keinen Grund sahen, ihre Meinung (vor allen Gefangenen!) zu revidieren, gerieten immer massiver und intensiver in die Schußlinie der Anstaltsleitung und der Behörde.

Alte Meinungsverschiedenheiten wurden wieder aufgewärmt und durch die jetzige Haltung wurden ehemals geringe Konflikte zu gravierenden Auseinandersetzungen. Plötzlich durften zum Beispiel nicht einmal mehr Anti-AKW-Plaketten getragen werden! Da die Sozialarbeiter weder bereit waren, sich von den bisher erschienenen Publikationen zu den Geschehnissen in der Anstalt zu distanzieren, noch vor allen Gefangenen ihr angeblich falsches Verhalten zu dieser Frage erklären wollten, blieb der Anstaltsleitung und der Behörde nach einigen Gesprächen und einer ‚Zeit des Nachdenkens' nur noch die Möglichkeit der Androhung einer Kündigung oder Versetzung.

Diese Drohung war bald auch den Gefangenen bekannt. Da sie ein anderes Verhältnis zu den Sozis haben als die Beamten, die schon heimlich auf einer Liste Unterschriften Stimmen für die Kündigung der Sozialarbeiter sammelten, beschlossen sie, ihre einmal erreichte Solidarität zu nutzen, um sich für ‚ihre Sozis' einzusetzen. Drei der vier Stationen beschlossen mehrheitlich eine erneute Aktion.

Aus der Presseerklärung vom 17. 6. 1977:

„Wir, die gewählte Streikleitung erklären hiermit, daß am heutigen Tage die Androhung eines totalen Hungerstreiks als Warnstreik gegen die geplante Entlassung unserer Sozialpädagogen beschlossen worden ist. Für die Androhung einer derartigen Kampfmaßnahme entschieden sich bei der vorgenommenen Abstimmung 50 Mitgefangene, d.h. es entschieden sich 55,5 % für die Androhung eines Warnstreiks, um damit die Entlassung unserer Sozialpädagogen zu verhindern . . ."

Das Ende des humanen Strafvollzugs

Dieser Streik mußte verhindert werden und die Anstaltsleitung kannte nur repressive Mittel, um sich mit den Gefangenen zu ‚einigen'.

Der Leiter des Strafvollzugsamtes, Herr Dr. Weinert, der den Jugendlichen am Tag vor der Presseerklärung ein Gespräch zugesagt hatte, lehnte nun plötzlich ab, mit mehr als den drei Stationssprechern zu reden, da es für ihn im Knast keinen Streik gebe und keine Streikleitung.

Für die Anstaltsleitung gab es anscheinend eine, denn die sechs gewählten Gefangene kamen alle für einen Tag unter Verschluß (Einzelhaft, keine Arbeit, keine Gespräche). Sie wurden nacheinander ausführlichst von der Anstaltsleitung (ohne Sozis) verhört. Es wurden Disziplinarmaßnahmen gegen sie verhängt, was für zwei Jungen die Folge hat, in den Erwachsenen vollzug abgeschoben zu werden.

Um auch die anderen Gefangenen ruhig zu halten bzw. von vornherein mundtot zu machen, erhielt jeder von ihnen am nächsten morgen beim Aufschluß ein Schreiben, in dem man einerseits (plötzlich) die wesentlichen Forderungen des Essenboykotts erfüllte, zum anderen aber massive Drohungen aussprach.

„. . . Wir rufen alle besonnenen Gefangenen dazu auf, sich ruhig zu verhalten und Verständnis zu zeigen für Maßnahmen, die vorübergehend notwendig sind:
– Wir müssen ermöglichen, daß jeder Insasse, der essen möchte, sein Essen auch erhält. Deshalb werden wir ab heute vor der Ausgabe der Mittagskost alle Insassen auf den Stationen A1, A2 und A3 unter Verschluß nehmen. Danach wird das Essen an jeden einzeln ausgeteilt.
– Wer andere zum Hungerstreik auffordert, bleibt bis auf weiteres unter Verschluß.
– Ein Disziplinarverfahren wird bei jeder Art von Widersetzlichkeit unverzüglich eingeleitet. Dazu gehört z.B. auch Arbeitsverweigerung.
Solche Disziplinarverfahren haben in der Regel Einfluß auf Urlaub + Ausgang.
Ein Streik ist nicht das geeignete Mittel, um Änderungen oder gar Verbesserungen im Strafvollzug zu bewirken.
Wir halten dieses Schreiben für notwendig, um Sie sachlich zu informieren – auch über die Folgen falscher Aktivitäten . . .

Mit diesen Mitteln des **Erziehungs**vollzuges war der Streik vorbei, bevor er begonnen hatte. 19 Gefangene verweigerten noch einen Mittag das Essen, sahen aber gleich die Unsinnigkeit der Aktion zu diesem Zeitpunkt ein.

Ein paar Tage war die Resignation der Gefangenen offen zu spüren; verständlich bei so viel Druckmitteln, die der Gegenseite zur Verfügung stehen. Eine Woche später war auch die Kündigung der Sozis da und das Hausverbot ausgesprochen. Nun soll wieder Ruhe einkehren im Knast. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das der Strafvollzug ist, von dem die Anstaltsleiterin, Frau Rühmkorf in der Öffentlichkeit immer wieder spricht. Momentan hat sie von den vor kurzem im NDR geforderten 8 Sozialarbeitern keinen einzigen.

Was wurde nun erreicht?

Für diejenigen, die die Kündigung der Sozis nur als „Krönung der mal wieder bewiesenen Machtstellung der Behörde" sehen, soll noch folgendes gesagt werden: Die Essensituation in Vierlande hat sich verbessert und auch die damit zusammenhängenden Forderungen der Jugendlichen sind letztlich durch die Androhung des Hungerstreiks erfüllt worden. Aber was noch wichtiger ist: durch ihre gemeinsame solidarische Aktion haben die jugendlichen Strafgefangenen in Vierlande ihre vorhandene Stärke bewiesen.

Hätte nicht die Behörde Angst vor dieser Stärke und der Unterstützung von draußen bekommen, wären nicht die vielen Behördenmärchen über den ach so humanen Strafvollzug aufgedeckt worden, hätte niemand einen Grund gebraucht bzw. vorschieben müssen, um die Sozis zu feuern. Die Sozis taten nicht mehr, als den Gefangenen die gleichen demokratischen Rechte zuzubilligen, wie allen anderen Bürgern, zum Beispiel das Streikrecht.

Solange diese auch nicht ansatzweise gewährt werden, bleibt es dabei: Der Strafvollzug ist so human, daß alles gefressen werden muß, was einem vorgesetzt wird!

(Nach Berichten von Gefangenen)

Heinrich-Heine-Buchhandlung
Grindelallee 26 2000 Hamburg 13

KURSBUCH 48: Zehn Jahre danach	8,00
Deppe (Hrsg.), 2. Juni 1967	7,80
KKW – Fiebel für Bürgerinitiativen	12,00
Däubler – Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit	5,80
Schinderhannes, eine Kriminalgeschichte	8,00
LEHRERKALENDER 1977/1978	8,50

040/44 97 78

Verlag Association GmbH

Neuerscheinungen

S. Marks
Studentenseele
Erfahrungen im Zerfall der Studentenbewegung
Seit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Rationalisierungsoffensive an der Universität beschäftigt sich die Linke wieder mit der UNI. Hinzu kommt der nostalgische Blick auf „zehn Jahre Studentenbewegung".
Marks verzichtet in seinem Buch völlig auf die gängigen Ansätze und versucht, die Studentenbewegung in die Jugendrevolte der sechziger Jahre einzuordnen. Erst als sich die Studentenbewegung aus dieser Revolte löste, um sich Formen traditioneller Vertretungspolitik zuzuwenden, setzt für S. Marks der Niedergang der Bewegung ein.
erscheint Herbst 1977, ca. 150 S., ca. 12,– DM

M. Kukuck
Student und Klassenkampf
Studentenbewegung in der BRD seit 1967
Diese Arbeit erschien bereits 1975 und hat bis heute ihren Wert als materialreiche Darstellung der Studentenbewegung nicht verloren. Kukuck verbindet den Versuch einer Analyse mit einer detaillierten Darstellung der verschiedenen Fraktionen der Studentenbewegung und ihrer ideengeschichtlichen Herkunft.
2. Auflage Frühjahr 1977, 280 S., 16,– DM

Erich Fried
So kam ich unter die Deutschen
Gedichte
Bereits in den sechziger Jahren kam der jüdisch-österreichische Emigrant vor den Nazis, Erich Fried, zurück nach Deutschland – damals noch voller Hoffnung, daß sich die Vergangenheit nicht wiederholt.
Heute, nach Vietnam, der Studentenrebellion und dem mörderischen Polizeistaat BRD ist Fried Mitglied des P.P. Zahl-Komitees, Teilnehmer bei unzähligen Veranstaltungen zur Solidarität mit politischen Gefangenen und einer der bedeutendsten deutschsprachigen engagierten Lyriker. Seine Gedichtzusammenstellung zeigt, daß es bereits 5 vor 12 ist, aber auch Hoffnung und Mut zur Veränderung vorhanden ist.
124 S., 10,– DM

Bruns/Schrammer/Larking/Bolle
Mit Samthandschuh und Eisenfaust
Polizei in der BRD
Diese Arbeit untersucht die Struktur der Polizei und die soziale Zusammensetzung der in ihr Beschäftigten.
ca. 150 S., ca. DM 10,–

Freitag/Heer/Hojer
Hab keine Angst vor TERRORISTEN !
Hilfreiche Broschüre zur Ausmerzung des Terrorismus.
Wußten Sie es schon? Die TERRORISTEN leben unter uns. Wie sie sich tarnen und war ihr wahres Gesicht ist, zeigt diese Broschüre. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur inneren Sicherheit – diesmal von uns!
Mit vielen Zeichnungen. DM 5.–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 417484
Verlagsprospekt anfordern!

Laßt das Uran in AUSTRALIEN !

Nur durch schnelles Einziehen der Gangway gelang es der Besatzung des deutschen Containerschiffs „Columbus Australia" am Samstag, den 2. 7. im Hafen von Melbourne rund 150 Atomenergie-Gegner am Betreten des Schiffes zu hindern. Anschließend ging berittene Polizei mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor. Etwa 50 Personen wurden festgenommen. Das Schiff hat Uran-Oxid geladen. Die in Australien umstrittene Fracht ist – nach der Anreicherung in den USA – für Japan bestimmt. Ein australisch-japanischer Vertrag über Uranlieferungen war abgeschlossen worden, bevor die australische Regierung 1973 den Uranabbau verbot. In letzter Zeit haben die Auseinandersetzungen über den Uran-Export in Australien an Schärfe zugenommen.

Das deutsche Schiff wird jetzt von den Melbourner Hafenarbeitern bestreikt, und befindet sich in ‚Belagerungszustand'. Erst am Sonntagmorgen verließen die Belagerer das Hafengebiet, nachdem ihnen die Dockarbeiter zugesagt hatten, Be- und Entladung des Schiffes (Eigentümer ist die Reederei Hamburg Süd) solange zu verweigern, bis die für japanische AKWs bestimmte Uranladung wieder an Land gebracht sei.

Alltag in Italien

sich das Leben zurückerobern

Die Disziplin auf der Bühne war durchbrochen. Auf dem Rednertisch stand ein Mädchen, unbeweglich mit einem Tambourin in der hocherhobenen Hand. Ihr weißgeschminktes Gesicht blickte zu uns ins Publikum.

Langsam durchfloß eine Bewegung ihre kostümierte Gestalt, mit harten, kurzen, rhythmischen Schlägen antwortete sie der lustig-kreischenden Blasmusik, die zu ihr aus dem Auditorium drang.

Die Frauen und Männer aus Italien hatten sich unter uns gemicht. Plötzlich waren wir einbezogen in das Geschehen. Die Grenze zwischen Akteuren und Zuschauern begann sich zu verwischen. Wir hätten alle aktiv werden können, nur einigen von uns gelang es. Sie eroberten sich tanzend und lachend die Bühne.

Action-Theater? Italienische Komödie? Weder noch, vielmehr die kurze Beschreibung einer Szene aus der Veranstaltung vom 3. Juni in der Hamburger Universität.

Zu dieser Veranstaltung waren Mitglieder der autonomen Bewegung Italiens, die sich dort innerhalb der letzten zwei Jahre, außerhalb der auf alte Tradition zurückgehenden linken Organisationen aber auch unabhängig von der ‚radikalen Linken' gebildet hat, eingeladen. Die Gruppe selber betreibt einen autonomen Radiosender in Bologna. Wir erwarteten das sie uns etwas über ihre Arbeit und darüber hinaus über den Verlauf des bisherigen Widerstandes der italienischen Bevölkerung erzählen würden.

Was wir erlebten, war etwas anderes!

Die Leute von Radio Alice lehnten sich gegen die gängige Form einer Informationsveranstaltung auf. Sie wollten nicht als eine reine Informationsquelle benutzt werden; nicht nur über den Kopf zu verarbeitende Fakten heraus sprudeln, sondern erlebbar machen, daß wir alle Gedanken und Gefühle in uns tragen, die wir leben müssen. Sie wollten als Menschen greifbar werden.

Darum tanzten sie, machten Musik und redeten mit uns. Wir sollten mit ihnen gemeinsam feiern, gemeinsam erleben, dabei von uns, über uns und unserem Kampf reden, von einander lernen, Freunde werden und menschlich mit einander umgehen. Es fiel uns schwer, aus uns heraus zu kommen. Wir hatten einfach Angst, auf sie und unseren Nachbarn zuzugehen, sie zu umarmen, mit ihnen zu tanzen, unseren Bedürfnissen nach Freude und menschlicher Wärme zu verwirklichen.

Diejenigen, die nur gekommen waren, um ihre Informationslücken über die italienische Alltagswirklichkeit zu füllen, sind enttäuscht worden. Sachfragen haben die Frauen und Männer von ‚Alice' kaum beantwortet.

Wir haben uns an diesem Abend sehr wohl gefühlt und viel Neues an uns und miteinander erlebt und gelernt. Für uns ist wichtig geworden, über das Erlebte zu reden und die neuen Erfahrungen im täglich gelebten Widerstand zu verwirklichen.

Aber über allem dürfen wir unsere offenen Fragen zu den italienischen Verhältnissen nicht unbeantwortet lassen. Das im folgendem abgedruckte Interview mit italienischen Genossen aus der Müncher Stadtzeitung BLATT vermittelt unserer Meinung nach einen guten Überblick der Kämpfe in Italien und sollte uns zur weiteren Diskussion anregen.

Die Redaktion

Wir haben keine genauen Informationen über die Situation in Italien. Wir wissen nur, daß es sehr harte soziale Auseinandersetzungen gibt, die vor allem von Jugendlichen getragen werden. Man hat deswegen auch das Jahr 1977 mit 1968 verglichen, dem Höhepunkt der weltweiten Jugendbewegung. Kann man diesen Vergleich machen?

Ich glaube, es gibt diesen Vergleich nicht. Die Ursprünge der heutigen Bewegung kommen nicht aus der Universität, sondern direkt aus dem jugendlichen Proletariat. Auch die Studenten sind entweder Personen aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, die sich proletarisiert haben oder schlechthin Proletarier. Viele der Studenten verfügen über keinen Lohn oder irgendeine staatliche Unterstützung, haben keinen Kontakt mehr zu ihren Familien. Sie reproduzieren sich im wesentlichen durch Schwarzarbeit, sind also zur Arbeit gezwungen wie alle Proletarier. Der Hauptunterschied zu 1968 ist also der proletarische Charakter der neuen Jugendbewegung. Es gibt keinerlei Illusionen über die proletarische Herkunft, es gibt keinen Entwurf einer alternativen Kultur, die diese Herkunft leugnen würde. Es gibt dagegen eine unmittelbare Explosion fundamentaler Bedürfnisse. Sie betreffen Bereiche – etwa die Abschaffung der Familie – die gänzlich außerhalb der stattlichen Erziehungsinstitutionen, wie Universitäten und Schulen liegen.

Kannst du etwas über das Ausmaß der Bewegung sagen?

In Bologna, einem der Zentren des neuen Aufstandes, leben 300.000 Einwohner, davon sind 50.000 Studenten. In Padua kommen auf 150.000 Einwohner ebenfalls ungefähr 50.000 Studenten. In Rom gibt es 100.000 Studenten.

Diese, unglaublich hohen Zahlen sind das Ergebnis der Regierungspolitik auf dem Erziehungssektor nach 1968.

Die Ausweitung der Universitäten war doch damals nur sinnvoll, weil es keine Studentenkämpfe gab?

Ja, sie war der Versuch der Regierung, die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Zur gleichen Zeit, also nach 1968, begannen in den Fabriken große Umstrukturierungen, vor allem mit dem Ziel, die Produktivität der Arbeiter zu steigern und die Anzahl der Beschäftigten zu verringern. Vor allem im Norden Italiens sehen wir eine Zentralisierung der Produktion, die kombiniert wird mit ihrer Dezentralisierung. Dieser Prozeß ist so zu verstehen, daß die großen Unternehmen enorme Produktionseinheiten bei sich konzentrieren, die Produktionsstätten aber dezentralisiert organisieren: in kleinen Fabriken, in den Familien, in kleinen Werkstätten. Es war die Antwort des Kapitals auf die militanten Streiks in den Großbetrieben wie Fiat, Mirafiori, Siemens. In diesem Zusammenhang muß auf die Rolle der Kommunistischen Partei gegenüber der neuen Jugendbewegung eingegangen werden. Die Politik der KP läuft darauf hinaus, die neue Jugendbewegung und ihre radikalen Bedürfnisse (Zerstörung der Familie, Abbau patriarchalischen Verhaltens, befreite Sexualität, gegen die kapitalistische Arbeit, Drogen, Pop-Musik usw. usw.) zu trennen, darüber hinaus einen Keil zwischen die Jugend und der Arbeiterbewegung zu treiben. Die Gewerkschaften haben versucht, alle Arbeitslosen und Schwarzarbeiter zu isolieren. Wir nennen das Korporativianus.

Was sind nun die Inhalte der neuen Bewegung?

Die Inhalte sind absolut revolutionär. Die Jugendlichen gehen auf die Straße, weil sie nicht mehr verstehen, warum sie von der Gesellschaft isoliert werden. Was machen sie auf der Straße? Sie gehen in die Supermärkte und eignen sich unentgeltlich Waren an, sie attackieren die Zentren, die die Schwarzarbeit organisieren. Es gibt eine große Kampagne gegen die Schwarzarbeit. Einige Frauen attackieren die Boutiquen von Louisa Espagnole, einer Ladenkette, die in den Frauengefängnissen arbeiten läßt. Eine größere Anzahl von Boutiquen dieser Kette wurden niedergebrannt. Frauen, Jugendliche, Drogensüchtige, Homosexuelle, Schüler, Studenten, sie alle bilden ein komplexes Feld, das gegen seine Isolierung von der übrigen Gesellschaft ankämpft.

Eine der Gruppen, die hier bekannt wurden, sind die Indiani Metropolitani. Kannst du etwas über ihre Vorstellungen sagen?

Die I.M. sind keine Gruppe, oder etwas ähnliches. Sie sind nur ein Element von all den Kräften, aus denen die Bewegung zusammengesetzt ist. Es handelt sich bei ihnen um junge Proletarier, die versuchen ein Lebensmodell mit radikal neuen Inhalten (etwa eine neue Sicht der Natur) zu verbinden mit den Machtmitteln, dieses Leben hier und heute führen zu können. Einer der charakteristischsten Züge der neuen Bewegung ist der Gebrauch tiefster Ironie, in jedem Augenblick ihrer Artikulation. Das ist sehr bedeutsam, denn in Italien hat es diesen ironischen Zug bei keinem der sozialen Aufstände bisher gegeben. Vor allem die Macht der neuen Bonzen (gemeint sind die Chefs der KPI), die Vertreter der Produktivität und des technischen Rationalismus, werden durch diese Ironie sehr getroffen. Das System wird also nicht nur in seiner Struktur angegriffen, sondern auch in seiner Superstruktur lächerlich gemacht. Das ist ein wichtiges Element, das die Indiani Metropolitani zum ersten Mal ausgedrückt haben.

Ein weiteres Charakteristikum der neuen Bewegung scheint zu sein, daß sie bewaffnet ist. Kann man von so etwas wie einem bewaffneten Massenkampf in Italien sprechen?

Der bewaffnete Kampf ist in Italien keine Neuheit. Sein erstes Erscheinen innerhalb der Massenbewegung haben wir 1963 während der großen Fiat-Streiks erlebt. Der bewaffnete Kampf ist gerade nicht in der Form der Delegation aufgetreten oder hat sich außerhalb der Massenbewegung abgespielt, sondern war deren unmittelbarer Ausdruck. Man ist jetzt ebenfalls in der Situation, daß sich die neue Bewegung direkt militärisch äußert. Es handelt sich dabei nicht um eine technische Bewaffnung, sondern um eine, die in der Struktur der Bewegung selbst angelegt ist. Die neuen Bedürfnisse und Wünsche artikulieren sich in der Form direkter Gegenmacht. Es ist klar, daß es sich hier um eine sehr komplexe Dialektik handelt. Die Diskussion über die Gewalt wird permanent geführt.

. Was ist aus den verschiedenen revolutionären Gruppen, z.B. Lotta Continua, Avantguardia Operaia, Il Manifesto usw. geworden?

Die Autonomie, also all diejenigen Elemente, die die jetzige Bewegung bestimmen, hat sich außerhalb dieser Gruppen entwickelt. Die Gruppen haben versucht, sich an die Spitze dieser neuen Massenbewegung zu stellen um dort als Avantgarde entsprechend ihrem leninistischen Selbstverständnis zu fungieren. In dieser Situation gab es tatsächlich mehrere Sackgassen, z.B. in Mailand, wo im letzten Herbst im Zusammenhang mit den Aneignungskämpfen gegen die Kinos und Supermärkte die Gruppen leninistischer Manier interveniert haben, um die Bewegung zu kontrollieren. Das ist vergleichbar mit den ML-Gruppen in Deutschland und ihrem Verhältnis zur Atomkraftbewegung. Aber mit der Entwicklung der Bewegung gab es für die Gruppen weder die Möglichkeit in der Bewegung zu agieren, noch von außen her sich auf sie zu beziehen. Die Gruppen wurden direkt von den Jugendlichen attackiert und zwar in offener Art und Weise. Die einzige Organisation, die noch ein ambivalentes Verhältnis zu der Massenbewegung hat, ist vielleicht Lotta Continua. Im Gegensatz dazu haben sich die anderen Gruppen die offizielle Propaganda gegen die Bewegung zu eigen gemacht. Alle Zeitungen versuchen einen Unterschied herauszustellen zwischen den guten Studenten und den schlechten „Autonomen". Avantguardia Operaia, PDUP und die anderen Gruppen haben dieses Spiel mitgemacht.

Du weißt sicher, daß Teile der SPD, im besonderen die Jungsozialisten und Intellektuelle wie Rudi Dutschke, Wolf Biermann, Wallraf und die Leute um „Konkret" über den Eurokommunismus diskutieren. Kannst du dir vorstellen, daß die KPI mit diesen Gruppierungen Kontakt aufnimmt? Kannst du kurz die Rolle der KPI und ihr Verhältnis zur neuen Bewegung charakterisieren?

Man kann sagen, daß die KPI durch die Bewegung überrascht wurde. Sie hat kein einziges Komma in ihrer Politik verändert. Diese Politik ist bestimmt durch die in Yalta gelegten Grundlagen. Sie ist legalistisch in allen Formen ihres Ausdrucks. Die KPI hat in den letzten Jahren ein Programm aufgestellt, das den Inhalten des SPD-Programmes von Bad Godesberg entspricht. Man kann sie in der Tat mit der SPD vergleichen, auch wenn noch ein Schönheitsfehler hinzukommt. Dieser besteht im Stalinismus.

Aber es gibt keine Beziehung zwischen KPI und SPD?

Es gibt diese Beziehung. Z.B. das Treffen zwischen Lama und Better vor 2 Monaten. Die Diskussionen, die jetzt in den großen Fabriken von den Gewerkschaften geführt werden, sind wesentlich von den Mitbestimmungsvorstellungen Vetters beeinflußt. Sie zeigen sich den deutschen Vorstellungen ganz und gar würdig. Es erscheint mir unglaublich, daß die KPI mit einer eurokommunistischen Gruppierung, wie du sie geschildert hast,

Kontakt aufnimmt. Ich glaube dagegen, daß es für die italienischen Kommunisten viel schwieriger ist, sich mit Marchais zu einigen als mit Schmidt. So ist auch das Verhältnis zur neuen Jugendbewegung identisch mit demjenigen der Regierung, die bekanntlich von den Christlichen Demokraten gebildet wird. Die Repressionsgesetze werden mit Zustimmung der KPI verabschiedet. Die Partei hat ein Netz sozialer Spionage errichtet, das direkt von Apparatschiks getragen wird. Sowas gibt es meiner Meinung nach in keinem anderen Land der Welt. Das sind faschistische Methoden.

Ich möchte jetzt auf die Fabriken zurückkommen. Die neue Bewegung umfaßt alle gesellschaftlichen Schichten. Italien ist für uns vor allem durch seine Fabrikkämpfe bekannt geworden: Absenteismus (blau-machen), die Sabotagen, Besetzungen, was ist daraus geworden?

Es ist nicht wahr, daß sich die Situation in den Fabriken normalisiert hat. Es ist klar, daß die Arbeiter für ihre Interessen kämpfen. Es ist ebenso klar, daß der Korporativismus der KPI und der Gewerkschaften bestimmte Entwicklungsstadien des Kampfes blockiert, vor allem weil die jungen Arbeiter jetzt von sehr wenig Geld durch Schwarzarbeit leben, während sich der Industrielohn entsprechend den Lebenskosten erhöht hat und mit dem Lohn in deutschen Fabriken vergleichbar ist. Darin ist ein Moment der Klassenspaltung zu sehen, um die Macht der Gewerkschaften in den Fabriken zu festigen. Ich glaube trotzdem nicht, daß man jetzt von einer Arbeiteraristokratie reden kann. Trotz der Lohnerhöhungen ist der Absenteismus in den Fabriken nicht zurückgegangen. Selbst die Sabotage ist angestiegen. Die Avantgarden sind in den Fabriken immer noch aktiv, auch was den Bereich der Bewaffnung angeht. Die Beziehung zwischen der neuen gesellschaftlichen Bewegung und der Fabrikbewegung ist nicht so blockiert, wie sich das die KPI und die Gewerkschaft wünschen. Ich glaube, man kann die jetzige Phase in den Fabriken als Phase der Reflexion ansehen. Zum Beispiel sind viele Streiks, die von den Gewekrschaften ausgerufen wurden, nicht befolgt worden. Es handelt sich um eine sehr verbreitete Passivität. Auch das Sparprogramm der KPI wird nicht unterstützt. Z. Zt. tagt ein Kongreß mit Vertretern zahlreicher italienischer Betriebsräte, die sich gegen dieses Sparprogramm ausgesprochen haben. Aber ich glaube nicht, daß es besonders wichtig ist. Für mich sind immer noch die Basisaktivitäten entscheidend. Sicher machen die Genossen der Arbeiterautonomie bei diesen Organisationsproblemen mit, aber das ist nicht bedeutsam. Bedeutsam sind die Ziele, die sich auf Massenebene und nicht auf der Ebene der Avantgarden ausdrücken. Man schnuppert es von außen her erscheint. Mir erscheint es, als wäre die Frauenbewegung einschneidend gespalten. Vor allem handelt es sich dabei um ein Generationsproblem. Der alte Feminismus ist ein Feminismus von Selbsterfahrungsgruppen und wird von den neuen Schichten junger Frauen nicht mehr verstanden, die an der Jugendbewegung teilgenommen haben und die sich unter denselben Bedingungen wiederfinden wie die jungen Männer (Schwarzarbeit, keinen Bezug mehr zur Familie usw.). Daraus ergibt sich ein unterschiedliches Verhältnis zur Macht. Für die ältere Generation der Feministinnen ist der Angriff auf die Macht des Mannes vorrangig vor dem Angriff auf die patriarchalische Macht des Staates. Für die zweite Generation scheint es so zu sein, daß die Macht die Macht ist. Staat, Männer und alles zusammen. Insofern übernimmt die jüngere Generation in ihr Konzept die antistaatliche Gewalt, während die ältere ihre Aktivität auf die Gewalt gegen Männer beschränkt.

Früher habt ihr den sozialen Lohn als dasjenige Moment angesehen, das die Bewegung außerhalb der Fabriken vereinigen kann. Unter sozialem Lohn wurde verstanden, die staatliche Bezahlung von Hausfrauen, Studenten, Schülern, Arbeitslosen. Gruppiert sich die neue Bewegung um diesen Inhalt?

Ich glaube, daß die neue Bewegung eine viel höhere Qualität erreicht hat. Heute geht es um die Artikulation unmittelbarer Bedürfnisse, die sich direkt gegen den Staat und den Reformismus durchsetzen. Es geht um den Kampf gegen die Arbeit. Natürlich gibt es Beziehungen zwischen den Schichten, die um den sozialen Lohn kämpfen und der neuen Bewegung. Wenn es um die Erfüllung von Wünschen schlechthin geht, um den Wunsch, den Kommunismus schon heute zu verwirklichen, dann hat aber der soziale Lohn nur eine untergeordnete Rolle.

Was wird in den nächsten Monaten in Italien passieren?

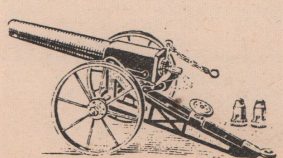
Ich glaube, daß die Bewegung in Italien sehr intelligent ist. Sie wird es nicht auf eine Endphase der Auseinandersetzungen ankommen lassen. Ich glaube, daß sich die Bewegung zurückziehen wird, um dann wiederzukommen, um dann die Guerilla auf allen Ebenen zu praktizieren. Man ist bis zu einem bestimmten Punkt gelangt, die Macht des Staates wurde identifiziert und jetzt wird sich die Autonomie wieder in die Klandestinität (Untergrund untertauchen) zurückziehen und auf einer fortgeschrittenen Front wieder hervorbrechen, diesmal auch wieder in den Fabriken. Die Bewegung wird sich in dieser Halbklandestinität verbreitern und festigen, ein Netz über das gesamte Land ausbreiten. Sie wird sich mit allen menschlichen Bedürfnissen auseinandersetzen, auf der Ebene der antinuklearen

geradezu, daß es demnächst in den Fabriken zu rumoren beginnt. Anzeichen dafür sind auch Momente der Selbstkritik, die jetzt von Kommunistischen Kadern, vor allem aber von Vertretern der Katholischen Gewerkschaft, immer mehr vorgebracht werden.

Kannst du als Mann eine Einschätzung der Frauenbewegung geben?

Es ist sehr schwierig über die Frauenbewegung zu reden, weil es für mich unmöglich ist, die Bewegung von innen her zu betrachten. Ich kann dir nur sagen, wie sie mir

Aktivitäten, der Familie, der Umwelt, des Lebensalters. Es wird eine quantitative und qualitative Erneuerung geben und dann kommt die neue Phase!



RECHTSHILFEFONDS FÜR AUSLAENDER

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung in der BRD betrifft in besonderem Maße Ausländer. Es wird Zeit, etwas dagegen zu tun. Wir machen die ersten Schritte.

Seit Anfang April gibt es in mehreren Städten der BRD einen Rechtshilfefonds für Ausländer. Die örtlichen Gruppen arbeiten selbständig und haben oft eigene politische Vorstellungen von ihrer Arbeit. Wir in Hamburg sind eine Gruppe von Deutschen und Ausländern, darunter mehrere Rechtsanwälte und Referendare. Wir sind jeden Mittwoch von 18.30 bis 20.30 Uhr im MLK-Haus anzutreffen.

Wir wollen Ausländern bei den immer wiederkehrenden Problemen, wie Mietwucher, Arbeitserlaubnis, Studienkolleg, Studienerlaubnis, Aufenthaltserlaubnis und ähnlichen Schwierigkeiten helfen. Aber wir wollen uns nicht nur auf den Alltagskram beschränken, sondern auch bei Asylanträgen, Auseinandersetzungen mit der Polizei, Problemen der politischen Betätigung und allen anderen Formen der Repression mit den Betroffenen zusammenarbeiten.

Dabei haben wir kein Interesse, individuelle Hilfe zu leisten, die immer nur caritativ sein kann, sondern wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe geben, Ausländer mit ähnlichen Problemen zusammenbringen, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Wir vermitteln die Betroffenen an Anwälte, diskutieren gemeinsam die politische Problematik der Repression gegen Ausländer und versuchen zusammen praktische Schritte zu entwickeln, der Repression etwas entgegenzusetzen.

Wir haben angefangen, Merkblätter über die Probleme von Ausländern, die sich hier politisch betätigen, herzustellen und wollen gemeinsam praktische Möglichkeiten des Schutzes und des Widerstandes entwickeln. Wir begreifen es als einen wichtigen Teil unserer Arbeit, die Unterdrückung von Ausländern öffentlich bekannt zu machen und über die Verschärfung der Ausländergesetze, sowie die dahinterstehenden wirtschaftlichen und politischen Interessen der BRD aufzuklären.

So tritt z.B. am 1. Juli eine neue „Verwaltungsvorschrift" in Kraft, die die Zollbehörde an der Grenze oder die Ausländerbehörde in der Stadt ermächtigt, Bewerber um politisches Asyl nicht einreisen zu lassen oder sofort abzuschieben. Durch diese Vorschrift zusammen mit der „Europäischen Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus", die schon politische Eigentumsdelikte als Auslieferungsgrund bestimmt (z.B. eine Bauplatzbesetzung), ist das Asylrecht praktisch abgeschafft. Gegen solche Gesetze hilft keine Beratung, sondern nur der Zusammenschluß aller Betroffenen, der notwendig ist gegen jede Form der Repression in der BRD und auch anderswo!

Wir begreifen unsere Arbeit als einen Teil des Widerstandes gegen die Repression, wobei wir besonders mit allen anti-imperialistischen Gruppen zusammenarbeiten wollen. Wir fordern besonders die Ausländerorganisationen auf, sich mit an dieser Arbeit zu beteiligen.

Wir fordern euch auf, unsere Arbeit bekanntzumachen und betroffene Ausländer zu uns zu schicken.

Treffpunkt:
jeden Mittwoch 18.30-20.30 Uhr
MLK-Haus, Grindelallee 9
Telefon 44 32 45
Um Anwälte und Prozesse finanzieren zu können, brauchen wir Geld.
Spendenkonto:
8/122 180
Volksbank HH Nord
(BLZ 206 901 03)

URLAUBSZEIT - KRIMIZEIT

Leute, die es in diesem Sommer nach Schweden zieht, sollten sich einmal die 10 Krimis von Sjöwall/Wahlöö (rororo thriller) zu Gemüte führen. Sie sollen nicht den Reiseführer ersetzen, sondern politische Informationen über Schweden vermitteln, die uns jedenfalls einige Illusionen genommen haben. Die Parallelen zur Bundesrepublik sind unverkennbar.

Die Autoren haben es sich zur Aufgabe gemacht, den „Nur-Krimi"-Lesern Gesellschaftskritik nahezubringen. Während der erste Krimi kaum kritische Ansätze hat, steigert sich die Kritik von Band zu Band. Natürlich sind die Krimis auch sehr spannend, aber so ganz dische Innen-und Außenpolitik, und über den Städtebau, das Polizeiüber denStädtebau, das Polizeiund das Zeitungswesen erfahren, und vieles kam uns sehr bekannt vor.

Recht gut fanden wir auch, daß die Bücher einen durchgehenden Zusammenhang haben. Viele Personen tauchen immer wieder auf, ihre Geschichte und Entwicklung können wir weiterverfolgen. Doch hier fängt der Ärger schon an. Die Art, wie in den Krimis Frauen allgemein und Beziehungen zwischen Männern und Frauen dargestellt werden, hat uns ganz schön genervt. Frauen kommen nur als Sexualobjekte, gute Köchinnen und biestige Ehefrauen vor. Allzu kritisch sollten wir mit den Krimis jedoch nicht umgehen, wir fanden sie sehr spannend und haben sie gern gelesen.

Karin & Marianne

PORTUGAL — Politischer Reiseführer

Der politische Reiseführer für Portugal entstand nach einem Aufenthalt einer Jugendgruppe des BDP/BDJ, der im Sommer 1976 stattfand: Gegenstand dieses Reiseführers ist die Vermittlung von Erfahrungen, die auf dieser Reise gesammelt wurden. Und dies geschieht nicht kalt analytisch, sondern in Form genauer Tips, mit reichlichem Adressenmaterial und Verhaltensempfehlungen an zukünftige Portugal-Reisende. (Das schließt ein, daß eigene Fehler, die im Laufe des Aufenthaltes gemacht wurden, eingearbeitet wwerden, um neue Denkansätze zu vermitteln)

Die Autoren bilden ein Redaktionskollektiv; es setzt sich aus Teilnehmern der Jugendgruppe des BDP/BDJ und Mitgliedern der Portugal-Gruppe der Frankfurter Gesundheitsgruppe zusammen.

Für wen ist die Broschüre gedacht?
Es ist geeignet für alle Portugal-Reisende, deren Interesse an diesem Land über das reine Urlaubsinteresse hinausgeht.

Zum Inhalt:
Ziel dieses Handbuches besteht darin, eine kontinuierliche Unterstützung von Basisprojekten in Portugal zu fördern; also das Gegenteil eines oberflächlichen „Polittourismus". Die Autoren bemühten sich daher um eine detaillierte Beschreibung von Einzelprojekten. Hierdurch soll das Verständnis für die politischen Probleme erleichtert werden. Dies bezieht insbesondere Ereignisse nach dem 25. April '74 ein, wobei vor allem Fragen der wirtschaftlichen Situation im Mittelpunkt stehen. (Industrieunternehmen, Arbeiterkommissionen, Landwirtschaft, Fischerei und Gewerkschaftsfragen). Insgesamt eröffnet sich hierdurch die Möglichkeit, Portugal vor seinem realen sozialen Hintergrund kennenzulernen. Und eben hierin unterscheidet sich das Buch mit Sicherheit von herkömmlichen „Reiseführern"

Bibliographische Angaben: „Portugal – politischer Reiseführer", Autorenkollektiv, Juni 1977, 176 Seiten, Verlag Jugend und Politik, Frankfurt/Main, 8 DM. Verlagsauslieferung an Buchhandlungen: PROLIT-Vertrieb, Dammstr. 11, 6300 Gießen
Postscheckkonto Stuttgart 102964-700
Frankfurter Sparkasse von 1822
50-427 101

HAMBURG 13 · GRINDELHOF 33 · TELEFON 44 77 95

FASSBIERE		
Holsten-Edel	0,2 l	1,--
Holsten-Edel	0,4 l	1,80
Holsten-Pilsener	0,2 l	1,10
Holsten-Pilsener	0,4 l	2,--
Stern-Alt	0,2 l	1,--
Stern-Alt	0,4 l	1,90
Alsterwasser	0,4 l	2,--

FLASCHENBIERE	
Holsten-Export	1,70
Holsten-Diät-Pils	1,80
Holsten-Pilsener	1,80

WEINE		
Mosel	0,2 l	2,20
Rhein-Hessen	0,2 l	2,40
Weißherbst	0,2 l	2,50

WARME SPEISEN	
Franz. Zwiebelsuppe	3,--
Mexik. Bohnensuppe	3,--
Mockturtlesuppe	3,--
Erbseneintopf mit 2 Bockwürsten	4,50
Grüne-Bohnen-Eintopf mit Rindfleisch	4,50
Schlemmerfilet mit Reis (Fisch)	4,--
Bockwurst mit Brot	2,--
Bockwurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,20
Curry-Wurst mit Brot	2,30
Curry-Wurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,50
3 Spiegeleier auf Toast	3,--
Toast Hawaii	3,50
Hamburger Toast	3,50
Croque Monsieur	4,50
Strammer Max	5,--

UNI-KLAUSE

PRESSEERKLÄRUNG

Wir Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Vom 16. – 19. Juni 77 trafen sich 60 Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen aus der ganzen BRD und Westberlin zu einem Erfahrungsaustausch in Aachen; u.a. waren Frauen aus folgenden Fächern vertreten: Bauingenieurwesen, Informatik, Radio- und Fernsehmechanik, Geologie, Architektur.

Das Treffen wurde organisiert vom autonomen Frauenprojekt im AStA der Technischen Hochschule Aachen.

Ausgehend von der Lage der Frau in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studienfächern

- Isolation
- Rechtfertigungszwang
- Vorurteile
- Zwang zur Überqualifikation

setzten wir den Anfang, durch Informations- und Erfahrungsaustausch unsere Isolation zu durchbrechen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden folgende Themen diskutiert:

- Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit von Technikerinnen und Naturwissenschaftlerinnen in Betrieben und Institutionen
- Warum und wie wehren sich Frauen gegen Kernkraftwerke
- Alternative Berufsperspektiven in eigenen Frauenprojekten
- Stellung der Frau in Naturwissenschaft und Technik im Laufe der Geschichte
- Vorteile und Nachteile der Verstädterung für Frauen.

Es wurde beschlossen, diesen ersten Zusammenschluß durch regelmäßige Treffen fortzusetzen und weitere Frauen zu erreichen.

Das nächste Treffen findet vom 6. – 8. Januar 1978 in Hamburg statt.

Das Thema: Feministische Inhalte und Vorstellungen im naturwissenschaftlichen und technischen Berufs- und Studienalltag.

Kontaktadresse: Antje Gerke, Am Brunnenhof 33, 2 Hamburg 50

'Wir bleiben hier!'

Fortsetzung von Seite 1

Die Stadt, die die Häuser über die SAGA verwalten läßt, konnte angeblich keine öffentlichen Mittel zur Modernisierung bereitstellen. Um dennoch eine Renovierung zu gewährleisten, verfiel sie darauf, Erbbaurechte über 50 Jahre an modernisierungswillige Interessenten zu vergeben. Erbbaurecht deswegen, weil die Stadt von folgendem Standpunkt ausgeht, Zitat nach einer Drucksache für die Bezirksversammlung Altona: „Da die Lebensdauer der vorhandenen Gebäude auch nach einer Instandsetzung und Modernisierung begrenzt sein wird, sollte sich die Stadt die dann notwendige Neugestaltung nicht durch Verkauf ihrer Grundstücke an der Klopstockterrasse erschweren und diese deshalb nur durch Bestellung von Erbbaurechten für die voraussichtliche Restdauer der je vorhandenen Gebäude vergeben."

Das Interesse für die Objekte war groß. Bis zum 6. 7. 1977 trugen sich dreißig finanzkräftige zukünftige „Erbpächter" ein. Unter ihnen sollen unter anderem auch Hamburgs zweiter Bürgermeister Dr. Biallas und Senator Seeler sein. Viel Erfolg, meine Herren, vielleicht werden sie jetzt, bei dem anstehenden Punkteauswahlverfahren, als neue Hausbesitzer ermittelt.

„Und wenn die neuen Herren feststehen, was geschieht dann mit uns?" so lautet die bange Frage der betroffenen Mieter.

Zwar müssen nach gültigem Mietrecht bei Hausbesitzerwechsel die alten Verträge vom neuen Eigentümer mitübernommen werden, aber eine Herausklage der Mieter aufgrund von Eigenbedarf ist bei bis zu zweistöckigen Häusern nicht sehr problematisch, und höher hinauf ist, wie gesagt, in der Klopstockterrasse nicht gebaut worden.

Auch die grundsätzliche Bereiterklärung des Bezirksamtes Altona, die Umquartierung der jetzigen Mieter zu übernehmen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sozialer, von der Stadt getragener Wohnraum durch die Übergabe in private Hände, praktisch vernichtet wird.

Die staatlichen Einrichtungen entziehen sich geschickt ihrer sozialen Verantwortung und schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie sparen erstens Geld und versuchen zweitens über Projekte dieser Art, ihren Einfluß bei den mittelständigen Bevölkerungsschichten, die durch die staatlichen Sanierungspläne in Mottenburg und neuerdings in Alt-Altona vorsichtig geworden sind, wieder auszuweiten, und die investitionsfördernde Vertrauensbasis zu kitten.

Ob diese Vermutung zutrifft, oder nicht, ändert jedoch nichts an der unsicheren Lage der betroffenen Mieter. Denn auch, wenn ihre Mietverträge nicht gekündigt werden sollten, bringt eine Modernisierung ihrer Häuser eine gleichzeitige Wohnwertsteigerung mit sich, und als deren Folge hochschnellende Mieten. Und über eine Räumungsklage wegen Mietschulden, hilft auch nicht das Bewußtsein über ein gehobeneres Wohnniveau hinweg.

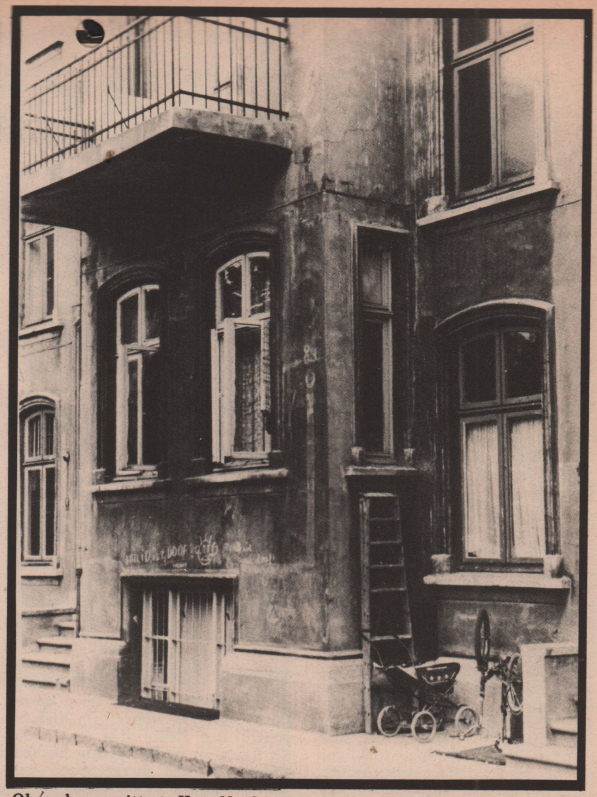
Aber soweit darf es gar nicht erst kommen. Die Betroffenen wollen in der Klopstockterrasse wohnen bleiben und sich nicht nach gängiger staatlicher Umsiedlungspraxis, in die genormten Wohneinheiten an der Großstadtperepherie verschleppen lassen. Sie reden miteinander und suchen nach gangbaren Wegen, das geplante zu verhindern.

Gespräche mit Menschen, die ähnliche Wohnprobleme haben, die über Erfahrungen mit der SAGA und anderen staatlichen Wohngenossenschaften berichten können, sind sicher wichtige Hilfen für sie und nimmt ihnen das Gefühl, allein vor einem Berg von Schwierigkeiten zu stehen. Also sprecht sie an, wenn ihr helfen könnt!

Ein Zeitungsartikel allein verändert nichts!

Ihre Telefonnummer: 39 28 25

V. Diehn



Ob es das verwitterte Haus Nr. 2 ist, oder die Gastarbeiterfamilien sind, die stören, bleibt die Frage.

Wir und das Elend

GERHARD REICHEL – Unser Verhältnis zu einer Selbsttötung

„Die Sache steckt uns noch tief in den Knochen". Wie berührt es uns, wenn wir hören, daß jemand sich getötet hat, den wir kennen, oder der uns nahe gestanden hat, auch wenn wir ihn nicht gekannt haben?

„Es ist etwas falsch gelaufen." Was ist falsch gelaufen? Was ist anders gelaufen als sonst?

Am Abend vor dem Prozeßtermin hatte jemand den Gerhard angerufen. Der hatte gesagt: Jetzt kein Treffen, mein Vater ist gerade gestorben. Für den nächsten Morgen, rechtzeitig vor dem Prozeßtermin, wird ein Treffen vereinbart. Am Morgen wird Gerhard angerufen. Er hatte seine Sachen zusammengesucht und alles vorbereitet. Er wollte sich auf den Weg machen.

„In dem Telefongespräch und auch öfter vorher hatte Gerhard von seinen Problemen gesprochen. Es waren die alten Probleme, über die wir schon oft und lange geredet hatten." Probleme mit dem Alltag, Probleme mit der Familie, mit seinem Beruf, mit dem Prozeß gegen die Gesundheitsbehörde.

„Gerhard hat uns öfters gesagt, daß Selbsttötung für ihn eine Möglichkeit war. Was konnten wir tun, außer ihn in seinem Prozeß zu unterstützen, ihm Mut zu machen?" Der Prozeß war wichtig. Er wußte es. Die Leute aus seiner Wohnung auch. Sie intensivierten ihre Beziehung zu Gerhard.

Gerhard war Arzt im Therapiezentrum für Drogenabhängige in Altona. Dieses Zentrum wurde im Januar von der Gesundheitsbehörde geschlossen. Die Behörde hatte die Schließung vorbereitet: Dienstanweisung: „Aufnahmestop. Einweisung nach Ochsenzoll. „Für die Drogenabhängigen blieb die Alternative: Irrer oder Krimineller. Irrenhaus oder Knast. Oder: ein Schuß mit Überdosis.

Das wäre die Alternative gewesen für den jungen Typen, der trotz „Aufnahmestop" beim Therapiezentrum klingelte. Er wollte nicht nach Ochsenzoll. Die Leute im Zentrum entschlossen sich, ihn aufzunehmen.

Gerhard wurde gekündigt: „Dienstvergehen des verantwortlichen Arztes." Er hatte im Interesse der Drogenabhängigen gehandelt. Die Zahl der Drogentoten hat sich im letzten Jahr gegenüber dem vorangehenden mehr als verdoppelt: 337 Tote in der Bundesrepublik. Die Gesundheitsbehörde kennt die Zahlen; sie kennt auch die Zahlen für Hamburg. Aber sie schließt das Therapiezentrum und stellt die Drogenabhängigen noch radikaler vor die Alternative: völlige Unterwerfung im Irrenhaus, oder: schieß Dich tot.

Gerhard hatte gegen die Kündigung beim Arbeitsgericht geklagt. Im Prozeß sollte es um diese Probleme gehen.

Wollte Gerhard diesen Prozeß?

Es war ein wichtiger Prozeß, und er hatte nicht gesagt, daß er ihn nicht wollte. Er hat an seinem Prozeßerfolg gezweifelt. Er hatte noch andere Probleme. Er war fertig. Der 6. Juni war Gerhards dritter Prozeßtermin. Er hatte seine Sachen zusammengepackt. Er hatte sich mit den anderen vorbereitet. Er wußte, was er sagen wollte. Aber statt zum Prozeß zu gehen, ging er an einen einsamen Ort und schluckte Tabletten.

Gerhard Reichel war eingekesselt. Ein Prozeßerfolg für die Gesundheitsbehörde. Eine Folge seines Alltags. Gerhard war kein „Kämpfer". Er war ein weicher Typ. War sein Scheitern auch eine Folge der politischen Ansprüche, die an ihn gestellt wurden? Eine Folge der Funktionalisierung eines Genossen, der in Wirklichkeit sehr alleine war?

Ich habe Gerhard Reichel nicht gekannt. Aber mir ist, als hätte ich ihn sehr gut gekannt. Sein Tod ist nicht ein Problem einer politischen Gruppe und ihrer Politik. Er ist genau so mein Problem. Das Problem meines Verhältnisses zu Leuten, die mir sagen, daß sie fertig sind und nicht mehr leben wollen. Verhalte ich mich anders als Gerhards Freunde?

Ich denke, es ist schwierig wahrzunehmen, wie sich solche Kaputtheit entwickelt. Es gibt doch Signale, auf den verschiedensten Ebenen, in vielen Situationen. Aber lasse ich diese Signale an mich ran?

Ich höre vom Tod Gerhard Reichels. Ich schweige oder sage, daß es mir leid tut. Ich bin betroffen oder weiß nicht, wie ich mich verhalten soll. Ich weiß nicht, ob ich Gerhards Entscheidung respektieren muß.

Ich rede mit Leuten, die Gerhard gekannt haben. Was sie sagen, hätte ich sicher auch sagen können. Trotzdem bin ich entsetzt.

Ein Beitrag von E. + S.

ENDLICH – K.H.Roth frei!

Staatsanwalt: Lebenslänglich

Urteil am 26. Juli

Am 12. 7. verließ Karl-Heinz Roth den schwerbewachten Gerichtssaal als freier Mann. Er wird jetzt endlich ärztlich behandelt. Roland Otto muß voraussichtlich bis Oktober eine alte Reststrafe absitzen, aber auch für ihn ist der Haftbefehl wegen Mordes und Mordversuchs aufgehoben.

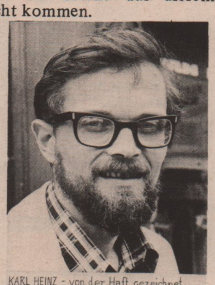
Der Prozeß, der seit dem 17. Januar in Köln geführt wird, hat eine überraschende Wendung genommen. Es ist den Angeklagten und ihren Verteidigern gelungen, die Tatversion des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft gründlich zu widerlegen. (Zum wirklichen Tatablauf siehe Kasten). Die Wende begann damit, daß der bisherige Vorsitzende Draber seinen Sessel räumen mußte. Unter ihm war der erste Haftentlassungsantrag der Verteidigung abgelehnt worden. Draber war verantwortlich für die lebensbedrohlichen Haftbedingungen des schwerkranken Karl-Heinz Roth. Er hatte die Vorwegverurteilung der Angeklagten mitbetrieben. Er wich dem Druck der Tatsache, die für Roland Otto und Karl-Heinz Roth sprechen.

Am 12. 7. wurde vor der Entscheidung noch der Zeuge Chauchet vernommen. Er ist Mitgefangener im Haftkrankenhaus Bochum gewesen und sagte aus, Roth habe ihm versichert, daß er geschossen hätte, wenn er dazu in der Lage gewesen wäre. Außerdem würde der Anstaltsarzt Hoffmann bald „hops gehen". Chauchet hat Roth schon früher im Knast gedroht, er würde ihn von der Balustrade im Gefängnisflur stürzen. Seit seiner Aussage hat dieser Chauchet in seiner Zelle einen Farbfernseher. Welche Gründe er für eine Aussage hat und wer seine Hintermänner sind, ließ sich in der Verhandlung noch nicht klären.

Das Gericht war von dieser Aussage nicht beeindruckt. Es verkündete seine Entscheidung, die wir überall mit fassungsloser Freude aufgenommen haben.

Aber diese Entscheidung des Gerichts ist noch nicht das freisprechende Urteil. Und ein freisprechendes Urteil ist noch kein rechtskräftiges. Die Staatsanwaltschaft hat am 14. 7. ihr Plädoyer gehalten. Sie blieb bei den Verstellungen der Anklageschrift und forderte für beide Angeklagten LEBENSLÄNGLICH.

Mit der Urteilsverkündung ist am 26. 7. zu rechnen. Die Staatsanwaltschaft will mit Sicherheit gegen den Freispruch, den wir jetzt von diesem Gericht erwarten können, in die Revision vor den BHG gehen. Wir wissen noch aus dem Prozeß gegen Peter-Paul Zahl, was für Urteile aus diesem Gericht kommen.



KARL HEINZ – von der Haft gezeichnet

Bis jetzt gibt es nur zu verhaltener Freude Grund. Bis auch die Revision durchgestanden ist, muß und wird die Arbeit des Unterstützungsbüros für Roland Otto und Karl-Heinz Roth weitergehen. Bisher sind 48.000 DM gespendet worden. Das deckt die anfallenden Kosten nicht annähernd. Deshalb, bei aller Freude über die neueste Entwicklung: Es steht noch alles offen!

Bitte spendet weiter!

Spenden erbeten auf die Konten:
Stadtsparkasse Köln
Wolfgang Hippe
Konto-Nr. 10 510 328,7
(BLZ 370 501 98)
Postscheckkonto Köln
Wolfgang Hippe – Sonderkonto –
Konto-Nr. 1358 16-508
(BLZ 370 100 50)

„Als das Erschießen losging"...

Eine Routinekontrolle der Polizei: die Papiere der drei Insassen des NSU werden über Funk überprüft. Die gefälschten Papiere von Roland Otto und Werner Sauber werden nicht beanstandet, wohl aber Karl-Heinz Roths richtige Papiere.

Fällt jetzt schon das Wort „Terroristenszene"? Jedenfalls ändert sich, als der Beamte Hoffmann von seinem Funkwagen zurückkommt, schlagartig das Verhalten der Polizisten. Sie ziehen und entsichern ihre Waffen. Es kommt zweimal das Kommando: Aussteigen!

Werner Sauber steigt als erster aus. Er legt den linken Arm auf die Autotür, den rechten auf das Autodach, und sieht sich um. In einem Moment, als er sich unbeobachtet fühlt, läuft er nach hinten weg.

Einer der Polizisten, Grüner oder Pauli, eröffnet das Feuer auf den Fliehenden. Schon jetzt schießt Grüner wahrscheinlich auch auf Roth, als die Fahrertür des NSU aufgeht.

Saubers Flucht wird durch einen hohen Zaun behindert. Er muß seine Fluchtrichtung ändern. Nach einer ersten Serie von Polizeikugeln schießt auch er. Seine Kugeln treffen Pauli und Grüner, eine Kugel trifft Roth.

Auf einem Blumenbeet bricht Werner Sauber zusammen. Auf den Liegenden werden noch mehrere Schüsse aus nächster Nähe abgefeuert.

Karl-Heinz Roth sinkt, von zwei Schüssen zerfetzt, ohnmächtig aus dem Auto. Der Polizist Walter Pauli ist tot zusammengebrochen, Dietmar Grüner schwer verletzt.

Roland Otto hatte sich bei den ersten Schüssen geduckt und dann die Hände gehoben zum Zeichen, daß er nicht schießen will.

Das alles war eine Sache von Sekunden.

Nach der Schießerei lebt Werner Sauber noch fast eine Stunde, nachdem der erste Krankenwagen eingetroffen ist. Jedoch das Krankenhaus erreicht er nicht mehr lebend. Karl-Heinz Roth ist sicher, bald zu sterben. Sein Leben wird im Krankenhaus Holweide gerettet.